Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.52, wo keine Post am Ort, Mk. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt-, Geschäfts- und Vereinsanzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Redaktion abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 223. Dienstag, den 24. September 1907. 18. Jahrgang.

Das Evangelium der Zukunft.

Vor den schwarzberußten Knappen des rheinischen Kohlenreviers, den Trägern des gewaltigen Industrie- und Reichtumsgebäudes ihrer Umgebung, hielt der Parteitags-Delegierte Kurt Eisner aus München nachfolgenden begeisterten Vortrag über die fernen und nahen Ziele der Arbeiterklasse Deutschlands. Der Redner begann:

„Wenn man die große internationale Kundgebung in Stuttgart erlebt und jetzt den Parteitag in der Industriestadt Essen sieht, so empfindet man einen großen Gegensatz der Kultur. In Stuttgart alles schön geschmückt zum Empfang der Sozialdemokratie; fast acht Tage beherrschte die internationale Sozialdemokratie die Stadt. Und hier in Essen ein enger, armseliger Saal, mit dem sich die Delegierten der sozialdemokratischen Partei behelfen mußten. Ja, jetzt, nachdem wir fortgehen, ist freilich auch Essen noch schöner geschmückt, aber nicht für uns, sondern für die evangelischen Arbeiter. Ein Oberbürgermeister wird sie empfangen, 500 Posaunen werden das Fest begrüßen. Die große, das öffentliche Leben erfüllende sozialdemokratische Arbeiterpartei wird geächtet von so einem Oberbürgermeister, und die Handvoll evangelischer Arbeiter wird festlich empfangen. Das ist ein Unterschied der Kultur, der den Westen von dem Osten scheidet, das hebt den obersten Grundsatz jeder Verfassung, die Rechtsgleichheit der Bürger auf. In hundert Jahren wird kein Mensch begreifen, wie es möglich war, Menschen so sklavisch zu behandeln. In einer zukünftigen Gesellschaft, in der man mit Erstaunen und Bedauern auf die armen Sklaven der jetzigen Zeit blicken wird, wird man keineswegs ein Schlemmerleben führen, man wird auch arbeiten, aber man wird nicht mehr Arbeitsstiere haben, die nicht nur unter Tage arbeiten, sondern auch unter Tage leben. In jener freien Gemeinschaft der Zukunft wird diese Vergangenheit wie ein schwerer Traum erscheinen, und man begreift eigentlich die Herrschenden nicht, wie sie die Arbeiter in solchem Elend leben lassen können. Güter genug können schon geschaffen werden; Raum für alle hat die Erde. Wir wissen ja, daß einer der Tricks unseres Unternehmertums ist, die Produktion einzuschränken, die Gütererzeugung zurückzuhalten, um die Preise festzuhalten. Man begreift nicht, wie die Unternehmer sich in einer solchen Welt des Elends wohl fühlen können. Aber noch weniger begreift man es, daß auch die eigentlich Leidenden dieser Elendsgesellschaft, die Arbeiter, es noch nicht erkannt haben und nicht empfinden, in welcher Niedrigkeit sie leben.

Die Aufgabe aller Politik ist es, den Arbeitern die Tarnkappe von den Köpfen zu nehmen, die sie verhindert, zu sehen, wie es in der anderen Welt der Unternehmer zugeht. Und ebenso muß man ihnen zeigen, wie es draußen, auf dem Felde der großen Politik, zugeht, damit er sieht, wie seine wichtigsten Lebensinteressen abhängig sind von den politischen Geschäften draußen in der großen Welt.

Die bürgerliche Gesellschaft beruht darauf, daß sie Ihnen allen das gleiche Recht gibt, Krupp oder Stumm zu werden. Dieses Recht ist aber eine Lüge. Denn mit dem bloßen Rechte können Sie nichts anfangen. Wenn es möglich wäre, daß jeder Mensch durch bloße Sparsamkeit zu einer angenehmen Existenz kommen könnte, dann würde kein Mensch mehr unter den heutigen Arbeits-Bedingungen arbeiten. Dann hätten die Unternehmer keine Arbeiter mehr und der Polizeistaat würde Gesetze schaffen müssen, um der Masse ihren Besitz zu nehmen, um sie wieder zum arbeiten zu zwingen, genau so, wie man es mit den Schwarzen in Afrika macht. Auch denen nimmt man ihr Land und Vieh weg, weil sie sonst nicht auf den Plantagen der Europäer arbeiten würden. Dasselbe, was man jetzt mit den Schwarzen rasch macht, das hat die kapitalistische Gesellschaft mit den weißen Volksgenossen schon längst, nur etwas unmerklicher, gemacht.

Wer nun durch dieses westfälische Land reist und die elenden Baracken sieht, die zur notdürftigen Unterkunft der Menschen errichtet sind und obendrein noch teuer bezahlt werden müssen, dann begreift man nicht, wie die Arbeiter nicht einmal dieses plumpe Elend zu beseitigen vermochten. Das haben die Arbeiter ihrer eigenen Unwissenheit zu verdanken, die wie die Fliegen in das Netz der Unternehmer fliegen und ihre politische Vertretung diesen überlassen.

Ich war in Essen in der schönen Invaliden-Kolonie Krupps. In dieser Gartenstadt wandeln Menschen mit Sklavensinn, die Krupp als ihren Wohltäter betrachten, mit Krupp einen wahren Gottesdienst treiben. Menschen voller Demut, die schon in jedem Fremden ein höheres Wesen sehen. Das ist die alte Kultur; sie feiert den einen Herrn Krupp als Wohltäter und Schöpfer aller Herrlichkeiten und denkt nicht daran, daß die Arbeiter alle diese Kultur geschaffen haben. Dieses Altenhof ist ein Friedhof, auf dem man die Arbeiter in einem schönen Sarge begräbt, wenn sie nach zwanzig Jahren lebende Leichen geworden sind.

* * *

Wir haben alle von der Blockpolitik gehört. In dieser Blockpolitik konzentriert sich heut die ganze politische Wendung, an deren Grenze Preußen-Deutschland steht. Bis jetzt beherrschten uns die Junker Ostelbiens. Auch die Großkapitalisten des Westens durften mitherrschen. Nur die Herren des Handels durften bisher nicht mitmachen. Jetzt hat Bülow den Mann von der Börse, den dritten reichen Bruder, mit in die große Versicherungsgesellschaft gegen die Forderungen der aufstrebenden Masse aufgenommen. Das ist das Geheimnis der Blockpolitik. Aus diesem Grunde hat man das Zentrum fallen lassen. Anstelle der edlen Herren der Kirche sind die Herren der Börse getreten. Bei dieser Paarung ist aber das sogenannte fortschrittliche liberale Bürgertum gestorben. In dieser Aera der Blockpolitik hat die Arbeiterklasse eine bestimmte Aufgabe. Es besteht die große Gefahr, daß das bißchen politischer Fortschritt, das im Interesse der Blockpolitik kommen wird, das politische Interesse der Arbeiterklasse einschläfert. Es ist das Geheimnis dieser Politik, ein wenig die schlimmsten und drückendsten Fesseln zu lösen, um das Wesen der politischen Unterdrückung zu erhalten und das System durch dieses Mittel zu retten und zu verewigen.

Wir werden eine preußische Wahlreform bekommen. Das sieht der Dümmste ein, daß dieses Dreiklassen-System nicht mehr lange aufrecht erhalten werden kann. Also wird man Gerechtigkeit üben, „jedem das Seine" geben, man wird den Arbeitern das Recht gewähren, nicht politisch zu herrschen, aber einige Plätze auf der Galerie zu besetzen. Dort können sie schwätzen, und das will man ihnen gewähren in der Erwartung, daß die Arbeiter sich damit abfinden werden, wenn sie nur mitreden dürfen. Das ist das Wesen, das Ziel der Blockpolitik.

Damit dürfen sich die Arbeiter aber nicht zufrieden geben. Die Beseitigung der schlimmsten Auswüchse wird trotzdem niemals dazu führen, daß jeder Arbeiter eine behagliche Existenz erlangen wird. Wer bestimmt heute im Staate? Bestimmt die Nation, wenn die jungen Männer der Nation marschieren müssen, um sich abschlachten zu lassen? Das bestimmen kleine Cliquen im preußischen Staate. Die niedrige Lebenshaltung der preußischen Arbeiter wird bestimmt von dieser Clique. Der preußische Staat gibt sich alle Mühe, die Löhne der Arbeiter tief zu halten, weil die preußischen Junker billige Arbeiter verlangen. In anderen kapitalistischen Staaten ist die Lebenshaltung der Arbeiter viel höher.

Jetzt ist in Preußen der Augenblick gekommen, wo die Arbeiter sich endlich ein Wahlrecht erkämpfen können, das wirklich ein Recht ist. Geschenkt wird ihnen kein wirkliches Recht. Das müssen sie sich erobern, genau so, wie sie sich jeden Pfennig Lohn erkämpfen müssen. Also kämpfen müssen die Arbeiter um ihr Recht; und in diesem Kampfe stehen die Arbeiter allein. Die bürgerlichen Parteien sind nicht dafür zu haben, den Arbeitern wirkliche Rechte zu gewähren. Wenn es der Regierung jetzt gelingen sollte, eine Wahlreform zu erreichen, die die schlimmsten Bedrückungen beseitigt, ohne daß ein wirkliches Recht für die Arbeiter dabei herauskommt, dann ist der Zeitpunkt verpaßt.

Das ist das Ungerechteste an dem gegenwärtigen Zustande, daß nicht die Arbeitenden bestimmen, unter welchen Bedingungen sie arbeiten sollen. Die wichtigste Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sich dieses Selbstbestimmungsrecht zu erobern. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Arbeiter mit dem Geiste zu erfüllen, der sie treibt, dafür zu kämpfen, daß sie über ihr Geschick bestimmen.

Das preußische Junkertum, das den preußischen Staat für sich in Anspruch nimmt, können wir nur stürzen, wenn

---

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Elisa Orzeszko.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Leonhard Brizen.

5] (Nachdruck verboten.)

Sie trat ans Fenster. Die Nacht war dunkel, und Martha vermochte weder die zahlreichen, verschieden gestalteten Dächer, noch die darüber wegragenden dunkeln, rußgeschwärzten Schornsteine, noch auch das Licht der Straßenlaternen, deren matter Schein nicht bis zu ihrem Fenster hinaufdrang, zu unterscheiden. Selbst den Himmel konnte sie nicht sehen, da er von Wolken bedeckt war. Nur das betäubende, wenn auch durch die Entfernung etwas gedämpfte Geräusch der Großstadt erreichte ihr Ohr. Die Abendstunden waren noch nicht weit vorgerückt. Auf den breiten und prächtigen, wie auf den schmalen und düsteren Straßen eilten die Menschen dahin, ihrem Vergnügen, ihrem Erwerbe nach, nach den Stätten geistiger Anregung, heiteren Verkehrs, oder mit der Aussicht auf Arbeit und Gewinn.

Martha ließ das Haupt auf die verschlungenen Arme sinken und schloß die Augen. Sie lauschte diesen tausend Stimmen, die nur einen einzigen dumpfen Riesenlaut bildeten, monoton und doch voll fieberhafter Ausbrüche, jäher Uebergänge maßlosen Geräusches, tiefen Schweigens, dumpfen Murmelns. Die Großstadt erschien ihr plötzlich wie ein riesenhafter Bienenstock, in dem zahllose menschliche Geschöpfe sich in rastlosem Hasten und Jagen bewegten. Jedes dieser Geschöpfe besaß eine Stätte, an der es arbeiten, eine Stätte, an der es ruhen konnte, ein Ziel, dem es zustrebte, ein Werkzeug, womit es sich seinen Weg durch das Gewühl bahnen konnte. Wo wird die Stätte der Arbeit und Ruhe für sie, die arme, völligster Vereinsamung verfallene Frau sein? welches das Ziel, dem sie zuzustreben hat? Wo werden sich die Werkzeuge finden, die der Armen und Verlassenen den dornigen Weg bahnen? Und wie werden sich ihr die Menschen gegenüberstellen, die jenes fieberhafte Rauschen verursachen, dessen Wellenbewegung sie hört? werden sie gerecht oder grausam, mitleidig oder barmherzig gegen sie sein? Wird sich vor ihren Schritten die enge Phalanx, die dem Glücke und Wohlstand zuströmt, öffnen? oder wird sie sich noch enger schließen, damit die Neuhinzugekommene den Platz nicht schmälere, in der Jagd nach dem Glücke keinem den Vorrang ablaufe? Wird die Ordnung der Dinge, das Herkommen ihr günstig oder verhängnisvoll sein? Und vor allem andern, wird sie allein imstande sein, allen widerwärtigen Elementen zu begegnen, freundliches Entgegenkommen zu gewinnen, jeden Augenblick, jeden Herzschlag, jeden Gedanken, der ihr durch den Kopf fliegt, jede Bewegung, die sie ergreift, in eine vernünftige, ausdauernde, unwandelbare Kraft zu vereinen, eine Kraft, die allein befähigt ist, der Not zu begegnen, die Erniedrigung fern, die Würde des Menschen aufrecht zu erhalten, ihn vor fruchtlosem Weh, vor Verzweiflung und Hungertod zu bewahren?

Martha vertiefte sich mit der ganzen Kraft ihres Denkens in diese Fragen. Die heitern und doch so quälenden Erinnerungen der jungen Frau, die in der ungetrübt frohen Jugend leichtfüßig über die blumigen Pfade des elterlichen Gutes dahinflog, dann an der Seite des geliebten Gatten glückliche Tage frei von Leid und Sorge verlebte nun im Witwengewande die bleiche Stirn in die gerungenen Hände gepreßt, an dem kleinen Fenster der Dachstube stand, diese Erinnerungen, die sie den Tag über quälvoll verfolgt und die Wunden ihres Herzens aufgerissen hatten, sie wichen jetzt der drohenden, geheimnisvollen und doch mit greifbarer Wirklichkeit sich offenbarenden Gegenwart. Diese Offenbarung erfüllte ihr ganzes Denken, schien sie aber nicht so furchtbar zu erschrecken. Schöpfte sie ihren Mut aus der Mutterliebe, die ihr Herz erfüllte? Besaß sie in sich jenen Stolz, der alle Zaghaftigkeit verachtet? Kannte sie die Welt, kannte sie sich selbst nicht? Sie ängstigte sich nicht. Als sie das Antlitz erhob, sah man deutlich die Spuren tagelang reichlich vergossener Tränen, es trug den Ausdruck von Trauer und Sehnsucht, aber Furcht und Zweifel waren darauf nicht zu lesen.

* * *

Am Morgen nach ihrem Umzuge befand sich Martha schon um 10 Uhr früh auf der Straße.

Sie schritt eilig einem Ziele zu, ein brennender Gedanke, eine unruhige Hoffnung drängten sie vorwärts, denn sie ging schnell und mäßigte erst ihren Schritt, als sie sich auf der Langen Gasse befand. Nun ging sie immer langsamer, eine schwache Röte bedeckte die sonst so bleichen Wangen, der Atem flog immer schneller, wie es stets zu sein pflegt, wenn man einen gefürchteten und doch ersehnten Augenblicke nahe ist, der die ganze Gedanken- und Willenskraft wachruft, Hoffnung, Schüchternheit und — wer weiß? vielleicht unwillkürliche Verschämtheit, durch die Gewohnheiten eines ganzen Lebens, die Härte der neuen Lage hervorgerufen.

Vor dem Tore eines schönen Hauses blieb sie stehen, sah nach der Hausnummer, und da es offenbar die richtige war, trat sie ein und begann, nachdem sie noch einen langen und tiefen Seufzer ausgestoßen, die breite und helle Treppe emporzusteigen.

Mitten auf der Treppe begegnete sie zwei Frauen, die den Weg herabkamen. Die eine derselben war sorgfältig, ja sogar mit einiger Gesuchtheit gekleidet, hatte etwas Selbstbewußtes in ihrer Haltung, und der Ausdruck ihres Gesichtes sprach von Befriedigung. Die andere, ein ganz junges Mädchen im dunkeln Wollenkleide, mit einem etwas schäbigen Schal um die Schultern und einem Hütchen, das sichtlich so manche Saison schon hinter sich hatte, ging mit herabhängenden Armen und gesenktem Blick einher. Die geröteten Augenlider, das bleiche Antlitz und die sehr magere Gestalt verliehen der ganzen Erscheinung dieses sehr jungen und ganz hübschen Mädchens einen Ausdruck von Frauenschwäche und Müdigkeit. Die Beiden schienen sich offenbar sehr gut zu kennen, denn sie sprachen vertraulich mit einander.

„Ach mein Gott!" sagte die Jüngere leise und klagend, „was soll ich Unselige jetzt anfangen, da meine letzte Hoffnung vernichtet ist? Wenn ich der Mutter sage, daß ich auch heute keine Stunden bekommen habe, dann wird sich ihr Zustand gewiß verschlimmern ... und .... im Hause gibt es kaum einen Bissen mehr zu essen ..."

„Nun, nun", erwiderte die Aeltere in einem Tone, dem man trotz des Mitgefühls die eigene Ueberlegenheit anhörte, „kränke Dich nicht gar so sehr! Uebe nur noch etwas mehr Musik ..."

„Ach! wenn ich spielen könnte wie Sie!" rief die Jüngere, „aber leider kann ich's nicht ..."

„Es fehlt Dir an Talent, meine Liebe!" entgegnete die andere, „was ist zu tun, Du hast eben kein Talent!"

Von den beiden Frauen die diese Worte wechselten, war die eine so sehr von der eigenen Vortrefflichkeit die andere von ihrem Schmerze erfüllt, daß sie der Trauergestalt, die an ihnen vorüberschritt, gar keine Aufmerksamkeit schenkten. Diese aber blieb plötzlich stehen und sah den beiden nach. Es waren offenbar Lehrerinnen, die den Ort verließen, dem sie zustrebte. Die eine ging allerdings strahlenden Antlitzes, das Gesicht der anderen jedoch war von Tränen überströmt. In einer halben Stunde, vielleicht in noch kürzerer Frist wird auch sie denselben Weg wieder zurücklegen. Wird Freude, werden Tränen ihr Teil sein? Ihr Herz klopfte hörbar, als sie die Glocke zog die jene Tür zu öffnen bestimmt war, auf der eine blanke Messingplatte folgende Aufschrift zeigte: Vermittelungsbureau für Lehrer und Lehrerinnen von Ludowika Zmirska.

Aus dem kleinen Vorzimmer, dessen Türe sich auf das Läuten hin öffnete, wurde Martha in ein geräumiges lichtes Gemach eingeführt, dessen zwei große Fenster nach der belebten Gasse gelegen waren. Unter der hübschen Einrichtung dieses Raumes fiel dem Eintretenden ein kostbarer völlig neuer Flügel auf.

In dem Zimmer befanden sich drei Personen, von denen die eine sich erhob, um Martha zu begrüßen. Es war eine Frau in mittleren Jahren, von etwas steifer Haltung, welche die glattgescheitelten Haare von unbestimmter Farbe unter einem zierlichen weißen Häubchen geborgen trug. Das Antlitz, mit peinlich regelmäßigen Zügen, trug durchaus keinen charakteristischen Ausdruck und stimmte ganz gut mit der Einförmigkeit des schmucklosen grauen Kleides, das nur durch eine monotone Reihe von Knöpfen vorn an der Brust geschlossen war und die ganze Erscheinung weder besonders anziehend, noch abstoßend erscheinen ließ. Diese Frau konnte vielleicht zu andern Zeiten und an andern Orten heiter lächeln, freundlich blicken oder mit herzlicher Gebärde die Hand zum Drucke reichen, aber hier in diesem Raume, wo sie die einzigen empfing, die ihren Rat und ihre Hilfe in Anspruch nahmen, war sie wie eingehüllt in ihre amtliche Würde, entsprach sie ganz dem Charakter, den sie als Vermittlerin zwischen jenen Personen und der Gesellschaft vorstellen mußte, sie war artig und höflich, aber zurückhaltend und vorsichtig.

(Fortsetzung folgt.)

wir in Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobern.

Die Arbeiter, die in der Industrie ihre Gesundheit, ihr Leben lassen, sind gewohnt, sich für fremde Interessen vergiften zu lassen, sich für fremde Interessen abschlachten zu lassen, sie haben sich von alten Potentaten in fremde Länder verkaufen lassen, aber in der ganzen deutschen Geschichte gibt es kaum einen Tag, an dem die Arbeiter für ihre eigenen Interessen gekämpft und sich geopfert haben. Parteigenossen! Ich fordere Sie nicht auf zu Unüberlegtheiten, aber ich fordere Sie auf zu dem Gefühl, zu dem Empfinden, daß Sie die Träger der deutschen Kultur sind, daß Sie den Anspruch darauf haben, Ihre eigenen Geschicke zu bestimmen, Ihr Leben als Menschen und als Staatsbürger selbst zu bestimmen und daß Sie bereit sein müssen, für dieses höchste Recht auch Opfer zu bringen!

Politische Uebersicht.

Heil dir, Germania! Das Deutsche Reich hat wieder einmal einen großen Sieg errungen, der seinen Namen bekannt machen wird auf dem ganzen Erdenrund, von den Samojeden des Eisgebirges bis zu den Kanaken im indischen Archipel. Der Elberfelder Polizei — ihr gebührt das Verdienst an der geschichtlichen Tat — hat am Sonnabend 22 polnische Dienstmädchen als lästige Ausländer ausgewiesen.

Noch wissen wir nicht, welch schweren Vergehens die polnischen Mädchen bezichtigt oder überführt sind, aber wir zweifeln nicht, daß sie ganz ausgemachte Sünder und gefährliche Neger an des Reiches sicheren Grundlagen gewesen sein müssen, die der Strahl des großen Bannes getroffen. Vielleicht haben sie deutsche Soldaten geliebt und dadurch die Sicherheit des Kriegsheeres untergraben, vielleicht haben sie gar ihre Soldatenwurst in polnische Zeitungen gewickelt oder einen Dienstmädchenverein gegründet, vor dem das Hermannsdenkmal im Teutoburger Walde ins Wanken geriet. Vielleicht sind die Vergehungen noch ärgerer Natur — wer kann sich in die Seele eines solchen polnischen Dienstmädchens versetzen! Deshalb heißen Dank allen, die mitgewirkt haben, um uns vor der neuen Gefahr zu sichern, vor dem der Granitblock des deutschen Reiches samt allen Paarungskünstlern in die Luft fliegen konnte. Sie sind auf dem Wege zur Grenze, heil dem Gendarmen, der ihre schwarzen Pläne zerriß.

Zu den geplanten Verbesserungen des Versammlungsrechts veröffentlicht die „Berliner Volksztg." eine Zuschrift, die aus Hirsch-Dunckerschen Kreisen stammt und in scharfen Worten die auch von uns geforderte Abschaffung der Versammlungsmeldungen befürwortet. Der gewerkvereinliche Einsender sagt:

„Will man eine durchgreifende, der Neuzeit entsprechende Reform des Vereinsrechtes, dann muß man die Bevormundung der Vereine und Versammlungen durch die Polizei beseitigen. Heut muß in Preußen jede Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, mindestens 24 Stunden vor Beginn bei der Ortspolizeibehörde angezeigt werden. Diese Bestimmung ist nicht nur überflüssig und schikanös, sondern unter Umständen sogar schädlich für das öffentliche Leben. Ueberflüssig ist sie, weil das deutsche Volk mündig genug ist, um seine Angelegenheiten auch ohne den Schutzmann erledigen zu können. Schikanös ist sie, weil eine Versammlung nicht zur gewünschten Zeit stattfinden kann, wenn die Anmeldung aus irgend welchen Gründen nicht 24, sondern vielleicht 23¾ Stunden vor ihrem Beginn erfolgt. Und für das öffentliche Leben schädlich ist sie, wenn beispielsweise die Arbeiter einer großen Industrie oder eines großen Gewerbes gezwungen sind, in einer möglichst sofort stattfindenden Versammlung über die Beendigung eines Streiks Beschluß zu fassen. Das dürfen sie nicht, wenn die Versammlung nicht 24 Stunden vorher angemeldet ist. Dazu ist aber bei großen Lohnbewegungen nicht immer genügend Zeit, denn die Arbeiter stehen häufig vor der Alternative, sofort einen Beschluß zu fassen, um einer drohenden größeren Aussperrung vorzubeugen. In Württemberg bedarf es keiner Anmeldung einer Versammlung, und man steht sich dort sehr gut dabei. Ein Reichsvereinsgesetz darf eine solche Beschränkung des Versammlungsrechtes unter keinen Umständen enthalten. Die Polizei erfährt ja doch durch die öffentliche Ankündigung der Versammlungen, wo eine solche stattfindet. Wenn sie Lust hat, kann sie einen Beamten in die Versammlung entsenden."

Wir möchten nur wünschen, daß diese freisinnigen Mahnungen bei den freisinnigen Abgeordneten Gehör finden.

Zur Organisation der Landarbeiter veröffentlicht der „Vorwärts" eine Zuschrift des Genossen Simon Katzenstein, worin vorgeschlagen wird, für die Agitation auf dem Lande sofort die Enteignung der Großgrundbesitzer als Ziel zu proklamieren. Katzenstein schreibt, eine solche Forderung wäre ein ungemein wirksames Agitationsmittel, das ohne großen Apparat bei den Landarbeitern Eingang findet, sofort einschlagen und den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeitern und Gutsbesitzern mit schneidender Schärfe dartun würde. Bei einer Enteignung denke ich natürlich nicht an eine Bezahlung nach den gegenwärtigen durch Zölle und Liebesgaben künstlich getriebenen „Werte"; dabei wäre vielmehr der Weltmarktpreis der Produkte zu Grunde zu legen.... So hätten wir eine Forderung vom praktisch-revolutionären Gehalt, die das ländliche Proletariat mit dem industriellen verketten müßte, eine mächtige Förderung unserer Landtagswahlrechts-Bewegung. Weiter empfiehlt Katzenstein die Schaffung von Landarbeiter-Sekretären in Ostelbien. Diese sollten nicht an einen bestimmten Ort gebunden sein. Wenn zum Beispiel der Sekretär jeden Montag in Memel, jeden Dienstag in Gumbinnen oder Tilsit usw. zu treffen wäre, so würde das seine Wirksamkeit vervielfachen, für den größten Teil der Landbevölkerung überhaupt erst nutzbar machen.

Und schließlich soll ein Bund der Landarbeiter ins Leben treten. Zunächst in Staaten und Provinzen, in denen keine gesetzlichen Schwierigkeiten im Wege stehen. Das dürfte kein Anhängsel an eine bestimmte Gewerkschaft sein, sondern ein großzügiges Unternehmen, das zu schaffen und zu stützen gemeinsame Sache des Partei-Vorstandes und der General-Kommission wäre. Für die ersten Jahre wären hier wie für die Landarbeitersekretariate sehr erhebliche Zuschüsse erforderlich, die aber politisch und gewerkschaftlich sich reichlich lohnen würden. Ein solcher Bund hätte etwa für einen Groschen Wochenbeitrag eine Zeitung (event. nach Gebieten verschieden), energischen Rechtsschutz und vielleicht auch noch eine kleine Krankenunterstützung oder dergleichen zu gewähren.... Was das für die Untergrabung der Junkermacht, für die Sicherung von Streikbrechern bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung. Warum soll in Deutschland unmöglich sein, was in Italien und Ungarn, in Galizien und Skandinavien zur Wirklichkeit geworden ist? Wir werden von der „liberalen Aera" des bis auf die Knochen agrarischen Reichskanzlers nicht erwarten dürfen, daß sie den Landarbeitern das Koalitionsrecht und das gleiche, geheime Wahlrecht zum Landtag und den lokalen Körperschaften freiwillig als Geschenk darbringt. Das soll erkämpft sein; der Aufruf zum Kampf muß auch hier ausgehen von der Sozialdemokratie....

Wir begrüßen die Anregungen des Genossen Katzenstein als sehr beachtenswert und verweisen die General-Kommission und den Parteivorstand auf das organisatorische Material des ungarischen Feldarbeiter-Verbandes in Budapest, Rottenbiller-utza 24. Dieses Material hat den Vorzug, daß es auch in deutscher Sprache komplett vorliegt.

Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Unterrichtsminister Holle hat in einem an die Bezirksregierungen gerichteten Erlasse darauf hingewiesen, daß die tätige Mitwirkung der Schule bei der Ausführung des Reichsgesetzes vom 30. März 1903 über Kinderarbeiten in gewerblichen Betrieben der wirksamen Durchführung des Gesetzes förderlich gewesen sei, und daß auf die Führung der Listen über die den Kindern ausgestellten Arbeitskarten strenge gehalten werden solle. Doch reichen nach den gemachten Erfahrungen diese Maßregeln noch nicht aus, um die mißbräuchliche Ausnutzung der Kinder zu gewerblichen Zwecken ganz zu beseitigen. Deshalb hat der Minister angeordnet, daß, zunächst versuchsweise, in den Volksschulen je eines Kreises der Regierungsbezirke allen Kindern bei Beginn des neuen Schuljahres Fragebogen zum Ausfüllen durch die Haushaltungsvorstände mitgegeben werden.

Ein neues Opfer Peters. Genosse H. Müller von der „Leipziger Volksztg." ist wegen Beleidigung des früheren Reichskommissars Dr. Peters vom Schöffengericht in Leipzig zu 300 Mark Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis verurteilt worden. — Ein genauer Bericht über die Verhandlung liegt noch nicht vor.

Der neue Kulturkampf. Der Propst Olszewski aus Osiek ist wegen Vergehens gegen § 130a des Reichsstrafgesetzbuches (Erörterung von Angelegenheiten des Staates auf der Kanzel in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise) zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sofortige Verhaftung wurde verfügt. Der Organist Czaplewski erhielt sechs Wochen Gefängnis.

In der Zeit des Blocks lebt auch der alte Kulturkampf wieder auf. Die treuesten Bundesgenossen der Polen sind zu Staatsfeinden degradiert und die Feindschaft des Staates kehrt sich nun gegen sie. Erreicht wird dadurch natürlich nur dasselbe, was mit dem Sozialistengesetz erreicht ist: Stärkung der verfolgten Gesinnung und Partei.

Amtliches Dementi. Gegenüber der Behauptung Bebels, Staatssekretär Dernburg habe erklärt, der Reichstag müsse sofort aufgelöst werden, weil 1908 eine wirtschaftliche Krise eintrete und diese der Regierung ungünstige Wahlen zeitige, erklärt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in einem Rückblick bestimmt, daß Staatssekretär Dernburg eine derartige Erklärung nie abgegeben hat.

Zu der Koblenzer Hochverratsaffäre ist zu melden, daß die unter dem Verdacht, an der Schwarz-Affäre beteiligt zu sein, verhafteten beiden Unteroffiziere des Feldartillerie-Regiments Nr. 8 aus der Haft entlassen worden sind.

Die Landesversammlung der jungliberalen Vereine des rechtsrheinischen Bayerns hat mit 69 gegen 57 Stimmen nach mehrstündiger, teilweise ziemlich erregter Debatte den Antrag auf Beitritt zum Reichsverband der nationalliberalen Jugend abgelehnt.

Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Der Redakteur des anarchistischen Organs „Der freie Arbeiter", Rudolf Oestreich, stand am Sonnabend vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin, um sich wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und vorzeitiger Veröffentlichung einer Anklageschrift zu verantworten. Zur Anklage standen zwei Artikel. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Zusatzstrafe von sechs Wochen Gefängnis.

Morenga entwichen. Nach einem telegraphischen Bericht des Gouverneurs aus Winkhak hat Morenga den Oranje verlassen und ist auf englischem Gebiete mit zwanzig Gewehren nach Norden ausgewichen, er wird sich hiernach nicht stellen. Die Engländer hoffen, mit deutscher Unterstützung Morenga noch einzuholen. Das Zusammenwirken mit der Kappolizei funktioniert gut. — Nach einer anderen Meldung soll Morenga in einem Gefecht mit Briten getötet sein.

Eine gerechte Regierungsmaßregel in Bayern. Wie aus München berichtet wird, hat das Verkehrsministerium genehmigt, daß dem sozialdemokratischen Abgeordneten Roßhaupter, der Arbeiter in den Zentralwerkstätten der Staatsbahn ist, nicht nur, wie gemeldet, der in seiner Stellung übliche Tagelohn, sondern auch der ihm aus seiner bisherigen Akkordarbeit gewordene Mehrlohn weiter erhalten bleibt. — Es liegt doch ein Stück südlicher als Prußen, dieses Bayern.

Auch eine „Störung" der Sonntagsruhe. Polizeilich verboten wurde auf Grund der Verordnung vom 27. Oktober 1905 (Versammlungsverordnung) die sozialdemokratische Parteiversammlung in Halle, in der der Genosse Kunert am gestrigen Sonntag über den Parteitag Bericht erstatten sollte. — Material für ein neues Vereinsgesetz!

Unterschlagungen von Krankenkassenbeiträgen durch Unternehmer werden von der Strafkammer in Düsseldorf in einem milden Lichte betrachtet. Die Fälle mehren sich, in denen gewissenlose Unternehmer von den Krankenkassen angezeigt werden müssen, besonders in Düsseldorf in erschreckender Weise. Die Strafkammer hat in letzter Zeit wieder gegen einen Unternehmer wegen Unterschlagung verhandelt. Der Unternehmer Ludwig Andree aus Düsseldorf hatte 1868.79 Mark an Krankenkassenbeiträgen nicht abgeliefert; er machte geltend, daß er bei einem Konkurs 30,000 Mark eingebüßt habe. Weil der Angeklagte ohne Schuld in Zahlungsschwierigkeiten geraten, beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 100 Mark. Das Gericht sprach ihn aber frei, weil dem Angeklagten nicht nachgewiesen worden sei, daß er die Absicht gehabt habe, sich das Geld widerrechtlich zuzueignen. Die Versicherungs-Beiträge würden auch erst nach Monaten einkassiert. Um den Nachweis der Unterschlagung zu führen, müsse dem Angeklagten nachgewiesen werden, daß er gewußt habe, daß er nach Monaten nicht in der Lage sein werde, die hohen Summen zahlen zu können. Dieser Nachweis sei nicht gelungen.

Dreißig Mark Geldstrafe muß ein Maurermeister zahlen, der 743 Mark an Beiträgen unterschlagen hatte. Mit 20 Mark hielt das Gericht die Unterschlagung von 61.25 Mark Kassenbeiträgen durch einen Unternehmer für gesühnt. Nur 10 Mark braucht ein Bauunternehmer zu zahlen, der 65.77 Mark Beiträge in die Tasche steckte. Zu wünschen wäre, daß Arbeiter, die aus Not mit dem Strafgesetz in Konflikt kommen, auch so milde Richter finden.

Ausland.

Will Deutschland sich die Finger verbrennen? In Marokko bereiten sich nun doch noch für uns Deutsche ernste Dinge vor. Bisher erschien die Haltung, welche die deutsche Regierung Frankreich gegenüber einnahm, ruhig und vernünftig. Die Frage der Entschädigung der Deutschen von Casablanca wurde kurzer Hand aus dem Wege geräumt durch Gewährung eines „Vorschusses" an die Geschädigten aus der deutschen Reichskasse; dem Vorschlag, die marokkanischen Hafenstädte mit französisch-spanischen Polizeitruppen zu besetzen, wurde kein oder doch kein starker Widerspruch entgegengesetzt, kurz, die Haltung der deutschen Diplomatie konnte darauf hindeuten, daß das tolle Spiel der deutsch-marokkanischen Weltpolitik als endgültig verloren aufgegeben sei, und daß der deutschen Regierung die Erhaltung des Friedens und die Werbung französischer Freunde viel wichtiger sei, als ein Fetzen von Marokko.

Vor einigen Tagen kam aber wie ein Signalschuß von Madrid über London die Nachricht zu uns herüber, daß die scheinbare Ruhe der deutschen Diplomatie eitel Trug und Blendwerk gewesen sei, daß sie aufs neue Forderungen erhebe, die den europäischen Frieden in Frage stellen könnten. Der Madrider Korrespondent des „Daily Telegraph" will von einem ausländischen Diplomaten erfahren haben, daß Deutschland seit einigen Tagen auf „Anerkennung einer deutschen Einflußsphäre in Marokko" dringe. Diese „Einflußsphäre" soll an der Küste des Atlantischen Ozeans liegen. Mogador und Agadir sind schon öfter als Orte genannt worden, an denen die deutsche Regierung Kohlenstationen zu errichten beabsichtige. Es handelt sich also möglicherweise um die Wiederaufnahme alter alldeutscher Pläne, zu deren Verwirklichung der deutschen Diplomatie, die gegenwärtige Lage günstig zu sein scheint. Das wäre dann, treu nach dem Vorbild der traurig mißglückten Versuche, die Aufteilung des „marokkanischen Kuchens", die Internationalisierung Marokkos.

Schwere Verwickelungen würden drohen, wenn sich die Nachricht bestätigen sollte. Dann wäre die Gelassenheit der deutschen Diplomatie nur ein Zuwarten gewesen, und die „detente", die Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen, nur eine Ruhe vor dem Sturme. Wenn die deutschen Forderungen von den europäischen Mächten unter Führung Englands abgelehnt werden, was wird Deutschland dann tun? Wird unsere Regierung dann, gestützt auf die Akte von Algeciras, deren endgültige Zerreißung sie selbst beantragt, Frankreich in Marokko neue Schwierigkeiten machen? Dann droht ein neuer Konflikt, dessen Gefahren gar nicht abzusehen sind!

Es ist verständlich, wenn die französischen Sozialdemokraten von der Regierung der Republik Entgegenkommen gegen Deutschland fordern. Es ist aber auch die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, von ihrer Regierung zu verlangen, daß sie alle neuen Quertreibereien unterlasse, die den Frieden und die Entwickelung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu stören geeignet sind. Wenn die französischen Sozialdemokraten ihrer Regierung zu verstehen geben, daß sie wegen Marokkos keinen Konflikt, geschweige denn einen Krieg, mit Deutschland wünschen, so haben wir, — mit anderen Worten — unserer Regierung dasselbe zu sagen. Wir brauchen kein neues Kiautschau an der Atlantis! Der sachliche Wert einer solchen Station ist höchst zweifelhaft und steht in keinem Verhältnis zu den ungeheuren Gefahren ihrer Erwerbung. Was wir bisher an Gefahren und Schädigungen durch den elenden Diplomatenzank wegen Marokko erlitten haben, ist gerade genug, und darum muß es für uns auf alle Fälle heißen: Hände weg von Marokko!

* * *

Der Titel der Frau. Der allgemeine österreichische Frauenverein hat an das Ministerium des Innern eine Eingabe wegen einer einheitlichen Titulatur für weibliche Personen gerichtet. Die Eingabe ersucht das Ministerium, es möge alle staatlichen und städtischen Behörden dahin anweisen, daß künftig alle Zuschriften, die an Personen weiblichen Geschlechts (also auch an Schülerinnen der untersten Klassen) gerichtet sind, einheitlich die Aufschrift „Frau..." tragen, unabhängig davon, ob die Adressatin verheiratet oder unverheiratet ist, gleich der für Männer üblichen einheitlichen Titulatur „Herr... In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß bei der in Oesterreich bereits eingebürgerten Gepflogenheit, Doktorinnen, Direktorinnen, Oberlehrerinnen und Lehrerinnen amtlicherseits mit dem Titel „Frau" anzureden, auch wenn sie ledigen Standes sind, das in dieser Eingabe gestellte Ersuchen keineswegs eine Neuerung darstelle.

* * *

Eine an russische Verhältnisse erinnernde Wirtschaft ist in der Eisenbahndirektion von Stanislaw (Galizien) aufgedeckt worden. Es sind für 300,000 Kronen Eisenbahnschwellen und anderes Baumaterial berechnet worden, die niemals abgeliefert worden sind. Der Bauunternehmer und seine Frau sind nach Amerika geflüchtet. Zahlreiche Eisenbahnfunktionäre sind pensioniert. Im Zusammenhang mit diesen Dingen steht auch die letzte Eisenbahnkatastrophe bei Bukaczowcze, wo ein großer Haufen morscher Schwellen, die als längst ausgewechselt berechnet waren, ausgehoben wurden.

* * *

Einstellung eines Monstreprozesses. Als im vorigen Juni der Landarbeiterstreik von Capparo (Italien) anfing, sich für die Grundbesitzer ungünstig anzulassen, erzeugte die Regierung durch Massenverhaftungen eine Art Panik unter den Ausständigen und schlug so in der Tat den Streik nieder. Um die Verhaftungen nachträglich zu rechtfertigen, wurde dann gegen 187 der Verhafteten, in der Mehrheit Sozialisten, ein Prozeß wegen Bildung einer verbrecherischen Verbindung eingeleitet. Nach sechsundsiebzigtägiger Untersuchungshaft hat man nun das Verfahren gegen sämtliche Angeklagten eingestellt und sie sofort in Freiheit gesetzt. Es hat sich also nur darum gehandelt, den Grundbesitzern von Capparo in entscheidender Stunde einen Dienst zu erweisen. Zu diesem Zwecke hat man 187 Personen monatelang in Haft gehalten!

* * *

Das „freie" Amerika. Das New Yorker Einwanderungs-Departement hat beschlossen, die Anarchistin Emma Goldmann, die zuletzt bei dem Anarchisten-Kongreß im Haag weilte und sich dann nach den Vereinigten Staaten eingeschifft hat, auf amerikanischem Boden nicht zuzulassen. Der Beschluß, der den Ankömmling als „unerwünschten" Einwanderer bezeichnet, wird damit fadenscheinig begründet, daß die Goldmann Russin und nicht in Amerika naturalisiert ist, auch seiner Zeit als Mitschuldige an der Ermordung des Präsidenten Mac Kinley in Haft gewesen ist, obschon damals die Beweise zu ihrer Bestrafung nicht ausreichten.

* * *

4000 Millionen Mark Gewinn! Aus New York wird gemeldet: Bei der Gerichtsverhandlung in Sachen der Standard Oil Company bezeugte der Schatzmeister der Gesellschaft, daß die Gewinne der Gesellschaft seit 1882 sich auf rund 900 Millionen Dollars (4000 Millionen Mark) belaufen.)

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Gestern wurden in den Straßen von Paris Flugblätter verteilt, die vom antimilitaristischen Komitee unterzeichnet waren. Hierin wurde erklärt, es sei besser, einen französischen General zu töten, als einen fremden Soldaten. Weiter heißt es in dem Flugblatt, das Proletariat müsse auf einen Krieg mit Streik und Aufruhr antworten. — Der Eigentümer einer Athener Zeitung, Hevimoa, welcher unter falschem Namen in einem Hotel in Konstantinopel gewohnt hatte, wurde verhaftet, weil er sich verdächtig gemacht hatte, Dynamit nach der Türkei zu schmuggeln. — In Darthmouth gingen Polizisten und Zollbeamte an Bord des aus London eingetroffenen Paketbootes „Marocco", um es nach verborgener Munition zu durchsuchen. Sie entdeckten 217,500 Zündhütchen, worauf die Polizei zwei Mann von der Besatzung verhaftete, einen Heizer und einen Kohlentrimmer. Die beiden wurden später den Behörden vorgeführt und in Haft behalten. — Japanische Minenarbeiter, welche aus Atlin in Britisch Columbia in Seattle angekommen sind, um in den Minen zu arbeiten, sind von 300 Weißen wieder zum Flußdampfer geleitet worden und nach Vancouver zurückgefahren. — Wie aus Wladiwostok gemeldet wird, sind großartige Arbeiten zur Befestigung von Wladiwostok und zur Anlage eines neuen Hafens bei Nikolajewsk sowie der Bau umfangreicher Kasernen in Chabarawsk geplant. Die gesamten Baukosten sind auf 37 Millionen Rubel veranschlagt. — Die in Krakau verhaftete Frau Wanda Dobrodziska erklärte dem Untersuchungsrichter, daß sie drei Bomben auf den ehemaligen Gouverneur von Warschau, General Skalon, geworfen habe. Da die Verhaftete infolge ihrer Heirat österreichische Staatsbürgerin geworden ist, wird sie nicht nach Rußland ausgeliefert werden, sondern der Prozeß gegen sie wird in Krakau stattfinden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. September.

* **Im Cabaret Böttcher** sollte es Freitag Abend zu Ehren des artistischen Leiters Rudolf Hock besonders hoch hergehen. Es ging aber nicht. Weniger wie sonst herrschte die Stimmung, die nötig ist, um den Konnex zwischen Publikum und Künstlern herzustellen. Ueberhaupt flauen die Darbietungen mehr und mehr ab. Mehr und mehr wird die Kunst von morgen, die das Cabaret sein wollte, zur Flachheit von gestern. Nicht lange mehr und aus dem Cabaret ist ein obskures Tingeltangel geworden, zumal wenn man es so macht, wie bei Böttcher. Es gibt an 5—10,000 Brettl-Lieder und Brettl- und Ueberbrettl-Vorträge, Scherze, Chansons und Geistreicheleien. Aber höchstens vier bis fünf hört man gelegentlich. Rudolf Hock, sonst ein talentvoller Künstler, setzt seinen Ehrgeiz darein, Abend für Abend, Woche für Woche, Monat für Monat den „jüngsten Leutnant" von Erich Sello herunterzuhaspeln. In einem Tempo, wie es das mechanische Herunterhasten eben mit sich bringt und das nur noch von seiner ebenso häufigen Salome-„Parodie" übertroffen wird. Ein „kolossales Repertoire" nennt Herr Hock das seinige und doch haben wir an den drei Abenden, die wir während der letzten sechs Wochen sein Cabaret besuchten, kaum mehr wie sechs Sachen gehört. Das fällt dann auf die Nerven.

Aber auch die Mehrzahl der übrigen Darbietungen ist alles eher denn cabaretmäßig. Ein Fräulein Groß, das wichtigtuend den Titelballast einer „ehemaligen kgl. sächsischen Hofopernsängerin" mit sich herumschleppt, singt Lieder, die — für jeden Gesangvereinsabend ganz nett, aber für das Cabaret eben nicht geeignet sind. Einer, der sich Komiker nennt, singt ein paar banale Couplets, die unsere Großmütter, als sie jung waren, als Novitäten bewunderten. Und singt sie nicht schlechter, aber auch nicht besser wie der Durchschnittskomiker des Zeltgartens oder des Dominikaners. Hätte das Cabaret nicht in Fräulein Gusti Hafter und der ausgelassenen Lotte Mende zwei einigermaßen amüsante „Nummern", die mit ihrem frischen, natürlichen Wesen und annehmbarem Gesange für manche Langweiligkeit entschädigten, so lohnte sich ein Gang nach der Neuen Gasse gar nicht erst. r. a.

* **Herr Gastwirt Klösel,** über dessen Verurteilung wegen Beleidigung der Führer des Metallarbeiterverbandes wir vor einigen Tagen Mitteilung machten, ersucht uns mitzuteilen, daß er kein „hartnäckiger Arbeiterfeind" sei. Die allerdings schwer beschimpfende Aeußerung sei ihm während eines Streites in der Erregung herausgefahren und es handle sich nicht um zwei verschiedene Beleidigungen an verschiedenen Tagen. Er bedauere die Aeußerung und sei zu einer Sühne von vornherein geneigt gewesen. Inwieweit die Versicherungen des Herrn Klösel zutreffen, wird sich ja aus seinem zukünftigen Verhalten gegen die Arbeiterschaft entnehmen lassen.

* **Schlesischer Verein zur Ueberwachung von Dampfkesseln.** Die Diensträume des Vereins befinden sich von jetzt ab Sadowastraße 75, 1. Etage.

* **Der Kohlenhandel des Breslauer Konsumvereins.** Wie die Direktion anzeigt, liegt zurzeit noch eine derartig große Anzahl unerledigter Bestellungen auf Steinkohlen vor, daß sie außerstande ist, in dieser Woche neue Aufträge entgegenzunehmen. Braunkohlen und Briketts sind dagegen jederzeit erhältlich. Die Ausgabe von Bestellkarten auf Steinkohle kann erst wieder von Mittwoch, den 30. d. M. ab erfolgen.

* **Die Einwohnerschaft der Stadt Breslau** betrug am 1. August cr. nach der Fortschreibung 485,358 Seelen gegen 485,285 am 1. Juli d. J.

* **Der diebische Kiebitz.** Daß die Elster eine stark kleptomane Veranlagung besitzt, ist uns allen aus der Naturgeschichte wohl bekannt. Daß es aber auch diebische Kiebitze gibt, konnten die Gäste des „Roten Löwen" auf der Kupferschmiedestraße am vorigen Sonnabend beobachten. Dort saßen am Sonnabend mehrere Arbeiter beim gemütlichen harmlosen Skat. Wie das meistens so geht, gesellte sich zu ihnen auch bald ein sogenannter Kiebitz. Anscheinend verfolgte er das neckische Wechselspiel der vier Wenzel mit solchem Interesse und Eifer, daß die ganze Umgebung für ihn völlig versunken schien. Trotzdem fand unser Kiebitz Zeit, sich auch in den Taschen seines Nachbarn ein wenig umzusehen und diesem, ohne daß er es merkte, in einem günstigen Augenblick die Uhr zu mausen. Was der eifrige Skatspieler nicht bemerkt hatte, das hatten zum Glück die übrigen Mitspieler beobachtet. Als echte Skatspieler warteten sie in Ruhe die nächste Runde ab; dann wurde der an der Klauenseuche erkrankte Kiebitz entlarvt und ihm zur Kur eine Tracht Prügel verabreicht.

* **Leichenfund.** Am 20. d. M., Nachmittags, wurde in der Düngergrube eines Hauses am Hobrechtufer die Leiche eines neugeborenen Knaben gefunden und in die Anatomie geschafft.

* **Unglücksfall.** Am 20. d. M., Nachmittags, wurde auf der Bismarckstraße eine 80 Jahre alte Frau durch einen Straßenbahnwagen umgefahren und erlitt schwere Verletzungen an der linken Kopfseite. Sie wurde im Allerheiligen-Hospital untergebracht. — Eine Verkäuferin wurde auf der Gartenstraße durch einen Radfahrer zu Boden geschleudert.

* **Blinder Alarm.** In einer Wohnung des Hauses Werderstraße 35 war am 20. d. Mts., Abends, ein Koksofen aufgestellt worden. Da Rauch aus den Fenstern quoll, rief ein Passant zwecklos die Feuerwehr herbei.

* **Vermißt** wird seit dem 19. d. M. die 38 Jahre alte Jenny Patz aus Lodz, welche sich hier in Pflege befunden hatte. Sie ist mit dunklem Kleid, dunkelgrünem Jackett und dunkelblauem Hut und blauem Schleier bekleidet. — Den Ueberbringern irgendwelcher Meldungen wird eine gute Belohnung durch das Polizeipräsidium zugesichert.

* **Lebensüberdrüssig.** Am 21. d. M., Abends, sprang ein junger Mann von der Lessingbrücke aus in die Oder. Trotz energischer Rettungsversuche fand er seinen Tod in den Wellen. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

* **Diebstähle.** Einem Restaurateur wurde auf der Anderssenstraße ein Fahrrad, Marke „Alexander" gestohlen. — Einem Schulknaben wurde auf der Gutenbergstraße ein Portemonnaie mit 6.50 Mk. entwendet. — Aus einem Hause auf der Werderstraße wurde eine Messingkugel gestohlen.

* **Fahrrad-Diebstahl.** Einem Herrn wurde ein Fahrrad, Marke „Cäsar" Nr. 77865 gestohlen.

* **Gestohlen** wurden ferner aus einem Neubau auf der Yorkstraße eine Anzahl Pinsel und Hobel, einem Vereinsboten von der Hirschstraße eine silberne Uhr Nr. 721093.

* **Unfug.** Am 20. d. M. Abends wurde durch einen noch unbekannten Burschen auf der Gräbschenerstraße ein sogenannter Kanonenschlag zur Entladung gebracht.

* **Erschwindelte Zöpfe.** Bei einem Friseur auf der Sadowastraße entnahm vor einigen Tagen eine Frau, die Namen und Wohnung auf der Neudorfstraße angab, zwei Zöpfe zur Auswahl wegen der Farbe. Die Frau kam aber nicht mehr zurück und die alsdann nach ihr angestellten Ermittelungen blieben ohne Erfolg.

* **Gefunden wurden:** Ein Handkorb, ein Schlüsselbund, eine Visitenkartentasche, eine silberne Herrenuhr, eine goldene Halskette, eine Denkmünze und ein roter Damengürtel.

* **Zugelaufen** ist ein Eichhörnchen.

* **Abhanden kamen:** Eine braune Pferdedecke, eine silberne Brosche mit einem Krönungstaler und ein Portemonnaie mit 28 Mark.

* **In Haft genommen** wurde ein Arbeiter, der aus einer Wohnung am Neumarkt fünf Paar Schuhe gestohlen und verkauft hatte. — Ferner wurde ein Arbeitsbursche in Haft genommen, der bei einem Einbruch in eine Schirrkammer auf der Yorkstraße abgefaßt worden war.

Versammlungen und Vereine.

Achtung, Buchbinder! Für die Mitglieder der Lokal-Unterstützungskasse findet Dienstag, den 24. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause (Billardzimmer) eine General-Versammlung statt. Tagesordnung: „Soll die Kasse aufgelöst werden oder nicht?"

Achtung, Maurer! Morgen Abend nach Feierabend besuchen die hier arbeitenden Maurer die Modellausstellung für Bauarbeiterschutz, welche im Turnsaale der Feuerwehr, Zwingerstraße 14, aufgestellt ist. Der Besuch wird zeigen, ob die Maurer dem Bauarbeiterschutz das Interesse entgegenbringen, das ihm zukommt. Sorge also jeder dafür, daß die Ausstellung von jedem Kollegen besucht wird und es nicht etwa von uns Maurern heißt, wir seien die Gleichgiltigsten. Tue deshalb jeder seine Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Aus Schlesien und Posen.

Klein-Leubusch, 23. September. Endlich eingeführt worden sind jetzt unsere bereits dreimal gewählten sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Die Gemeindevertretung setzt sich nunmehr zusammen aus vier Konservativen aus der ersten Abteilung, drei Sozialdemokraten und einem Parteilosen aus der zweiten Abteilung und vier Sozialdemokraten aus der dritten Abteilung. Hierzu kommen der Gemeindevorsteher und drei Schöffen.

In dieser Sitzung am Donnerstag, den 19. d. M., wurde nach der Einführung der Gemeindevertreter eine Aenderung des Ortsstatuts betreffend die Lustbarkeitssteuer beschlossen. Für Karussells, Lichtbildervorführungen und ähnliche kleinere Veranstaltungen wurden drei Mark festgesetzt. Auch eine Aenderung des Ortsstatuts betreffend die Gemeindevertretung wurde beschlossen. Danach sollen Beisitzer, die fehlen, 1 bis 3 Mark zahlen. Unsere Genossen haben hiergegen gestimmt; da aber zwei von ihnen nicht anwesend waren und die Schöffen mitstimmten, ist die Aenderung zum Beschluß erhoben worden. Unsere Genossen verlangen, daß die Sitzungen, wie früher, am Sonntag stattfinden. Sodann erfolgte die Prüfung der Gemeinderechnung. Die Einnahmen betrugen 4249.69 Mark, die Ausgaben 3964.01 Mark, sodaß ein Bestand von 285.86 Mark verbleibt.

Klein-Leubusch, Kreis Brieg, 20. September. Die in Breslau arbeitenden Genossen werden ersucht, am Dienstag, den 24. September, Abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause pünktlich und bestimmt sich einzufinden. 1. Vortrag. 2. Freie Aussprache.

Striegau, 23. September. Plötzlicher Tod. Der allgemein geachtete, 42 Jahre alte Porzellanmaler Heinrich Förster von hier bekam auf einem am Sonntag Nachmittag unternommenen Spaziergange plötzlich Blutsturz, fiel um und war eine Leich[e].

Liegnitz, 21. September. Revolver-Attentat auf ein Automobil. Am Donnerstag Abend gegen 7 Uhr ist auf der Chaussee in Nieder-Heidau auf ein von Parchwitz kommendes Automobil von der linken Dorfseite aus mit einer Kugel geschossen worden. Die Kugel ist durch das linke Fenster hineingedrungen und aus dem rechten Fenster wieder herausgekommen. Für die Ermittelung des unbekannten Täters hat der Landrat in Liegnitz eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

—s. **Bunzlau,** 19. September. Der Amtsstil des wohllöblichen Magistrats hat schon oft allgemeine Heiterkeit erregt. Wir sind in der angenehmen Lage, unseren Lesern die neueste Schreibblüte zum Besten zu geben. In den hiesigen Tagesblättern vom Montag Abend wird folgende Bekanntmachung veröffentlicht:

Wir machen diejenigen Ortsangehörigen, welche Häuser neu bauen oder in ihrer Substanz bezw. ihrer Einrichtung und Benutzung verändern, darauf aufmerksam, daß sie, um sich vor Nachteilen zu schützen, die ihnen aus der Verspätung oder Unterlassung der Anmeldung durch Verhängung einer Strafe oder durch Fortentrichtung der bisherigen Steuern erwachsen, bei der in diesen Tagen stattfindenden Aufstellung für die Veranlagung der Gebäudesteuer erschöpfende Auskunft erteilen.

Bunzlau, den 14. September 1907.

Der Magistrat.
Otto.

Um das Inserat hinter einander zu lesen, ohne ein paarmal Atem zu holen, muß man sich erst zum Kraftmenschen entwickeln. Abgesehen von dem köstlichen Satzbau teilt der Magistrat den Hausbesitzern mit, daß sie selbst für die Veranlagung der Gebäudesteuer erschöpfende Auskunft erteilen. Das ist sehr nett vom Magistrat und dürfte er sich mit dieser Maßnahme sicher alle Hausbesitzer zu Freunden machen. Schade nur, daß dem nicht so ist. Doch daran ist der Amtsstil schuld, wenn der Magistrat mit großer Klarheit das Gegenteil von dem sagt, was er sagen wollte. Ja, ja, es bleibt schon dabei: Die deutsche Sprak ist sich sehr schwere Sprak!

Neueste Nachrichten.

Ein neuer Steuer-Stengel.

Dortmund, 22. September. (H. T.-B.) Wie die „Dortmunder Ztg." meldet, soll der Staatssekretär im Schatzamte, Frhr. v. Stengel, noch vor dem 15. Oktober seinen Abschied nehmen. Der Rücktritt des Staatssekretärs soll derselben Quelle zufolge mit dem Block der Regierung in Verbindung zu bringen sein, da die Beziehungen des Staatssekretärs zum Zentrum noch wie vor dieselben geblieben sind. Als Nachfolger wird der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Wiegand, genannt, dessen jüngster Besuch beim Reichskanzler damit eine Erklärung findet.

Vielleicht hängt der Abschied auch mit den neuen Steuerplänen zusammen.

Morenga tot.

London, 23. September. (H. T.-B.) Nach einer vorliegenden Meldung hat das Kommando des Majors Elliot Morenga, seinen Sohn und Onkel und 3 Anhänger getötet. Die Meldung wird durch einen amtlichen englischen Bericht aus Kapstadt bestätigt. Der Zug des Majors Elliot wird als eine anerkennenswerte Leistung bezeichnet, da das Gelände für die Hottentotten sehr günstig war. Englischerseits ist der Korporal Henob gefallen, ein Gemeiner wurde verwundet. Man hält nunmehr die Grenzunruhen für beendigt.

Neues Blutvergießen in Marokko.

Paris, 23. September. Wie angekündigt, haben die Feindseligkeiten wieder begonnen. General Drude hat Sidi-Brahim, 18 Kilometer westlich von Casablanca, zerstört. Französischerseits fiel ein Mann, sechs wurden verwundet. (Ueber die abgeschlachteten Einwohner verlautet kein Wort!)

55,000 Blutopfer!

London, 23. September. (H. T.-B.) „Daily Expreß" meldet aus Petersburg, vom Februar 1905 ab seien 54,929 Personen dem Zarismus zum Opfer gefallen.

An ihre Sünden erinnert.

Marseille, 23. September. (H. T.-B.) Der frühere Marineminister Pelletan wollte gestern in Martiques eine Wahlrede halten. Er begann mit den Worten: „Das neue Regime hat die Einkommensteuer an erster Stelle des Programms gesetzt. Der Redner wurde unterbrochen, indem man ihm zurief: „Das erste, was die Regierung getan hat, war die Erhöhung der Abgeordnetendiäten. Es entstand ein großer Tumult, die Versammlung wurde aufgelöst.

Kein Ende der blinden Rachgier!

Lodz, 23. September. (H. T.-B.) Sämtliche Direktoren und Beamte, die bei der Ermordung des Fabrikanten Silberstein in dessen Fabrik anwesend gewesen sind, wurden verhaftet und sollen nach Sibirien verbannt werden!!!

Wieder ein Familien-Drama.

Berlin, 23. September. (H. T.-B.) Eheliche Zwistigkeiten haben zu einem erschütternden Familiendrama geführt, das sich gestern Nachmittag in Schöneberg bei Berlin abspielte. In der Gustav Meisachstr. 5 vergiftete die Restaurateursgattin Marie Tietz ihre beiden 7 und 8 Jahre alten Söhne und dann sich selbst mit Lysol. Während die Kinder der Wirkung des Giftes sofort erlagen, liegt die Frau hoffnungslos darnieder. Sie führte die Tat aus, als die Musik in dem nebenan befindlichen Restaurationslokale einen Walzer spielte.

Die englischen Eisenbahner.

London, 23. September. (Hirsch's T. B.) Gestern fand in Cardiff ein Meeting statt, dem etwa 2000 Bahnarbeiter beiwohnten. Der Abgeordnete Bell erklärte, daß jeder Eisenbahnangestellte und zwar sowohl der syndizierte wie der nicht syndizierte im Laufe dieser Woche einen Stimmzettel erhalte, um zu ermitteln, ob die Arbeiter bereit wären, die Einstellung der Arbeit, falls eine solche vom Syndikat verfügt würde, zu billigen und ob sie die vom Syndikat gestellten Forderungen gutheißen würden.

Rom, 23. September. (H. T.-B.) Der bekannte Komponist Marence ist plötzlich geisteskrank geworden.

London, 23. September. (H. T.-B.) Aus New York wird berichtet, daß während eines Fußwettspieles in Capozzeville eine Tribüne, auf der sich 100 Zuschauer befanden, einstürzte. Vier Personen wurden getötet, 56 erlitten Verletzungen.

Genua, 23. September. (H. T.-B.) Ueber einen Unfall beim Stapellauf des Dampfers „Principessa Jolanda" wird gemeldet: Der Dampfer begann plötzlich zu sinken. Ein größeres Unglück wurde nur dadurch verhütet, daß sich zahlreiche Barken in der Nähe des Schiffes befanden. Alle auf dem Schiffe anwesenden Personen konnten gerettet werden. Die Ursache des Unfalles ist wahrscheinlich auf den Bruch eines wesentlichen Bestandteiles der Grundlage des Dampfers zurückzuführen. Das Wasser drang in das Innere durch die Luken ein und beschleunigte das Sinken des Schiffes. Mehrere Taucher sind mit den Bergungsarbeiten beauftragt. Der Schaden wird auf eine Million Franken veranschlagt.

Theater, Konzerte und Vergnügungen.

* **Zeltgarten.** Es ist der Direktion des so gern besuchten Varietees gelungen, für die Eröffnung der Wintersaison ein tadelloses, vorzügliches Programm zusammenzustellen. Jeder einzelnen Nummer der gegenwärtig engagierten Spezialitäten können wir unumschränktes Lob aussprechen, sodaß jedem Besucher des Etablissements ein wirklich genußreicher abwechselungsvoller Abend in Aussicht gestellt wird.

* **Palmengarten.** Die täglich stattfindenden Konzerte des ausgezeichneten Eliteorchester „Naupold" erfreuen sich großer Beliebtheit durch ihre wirklich gute und exakte Musik, sodaß jedermann ein abwechselungsreicher unterhaltender Abend gesichert ist. Da auch für gute Bedienung und Bewirtung mit großer Umsicht gesorgt wird, so ist das Etablissement ein gern besuchter Aufenthaltsort für unser musikliebendes Publikum.

* **Im Zeltgarten-Tunnel** mit der entzückenden Dekoration „Im Fernreich" findet täglich großes Freikonzert des ausgezeichneten Damen-Streich- und Blasorchesters statt.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 24. September:

Buchbinder. Für die Lokalunterstützungskasse: Generalversammlung im Billardzimmer.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer 2.

Mittwoch, den 25. September:

Arbeiter-Sängerbund (Ortsgruppe Breslau). Abends 8 Uhr: sechswöchentliche Probe im großen Saal.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Abrechnung der Bezirksführer: Montag, den 23. September, Abends von 8 Uhr ab in den Distriktslokalen.

Land-Distrikt 12 (Pöpelwitz).

Dienstag, den 24. September: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter bei Küchler, Pöpelwitzstraße. Genossen zur „Volkswacht"-Agitation können auch mit erscheinen.

Oswitz. Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen. Mittwoch, den 25. September, Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung bei Knabe. Referent: Fr. Müller, Breslau.

Spielplan.

Stadt-Theater.
Montag: „Die lustigen Weiber von Windsor".
Dienstag: „Cavalleria rusticana", „Bajazzi".
Mittwoch: „Tannhäuser".
Donnerstag: „Kabale und Liebe".
Freitag: „Carmen".
Sonnabend: „Lohengrin".

Lobe-Theater.
Montag: „Die lustige Witwe".
Dienstag: „Die lustige Witwe".
Mittwoch: „Husarenfieber".
Donnerstag: „Die lustige Witwe".
Freitag: „Die lustige Witwe".
Sonnabend: „Husarenfieber".

Thalia-Theater.
Montag: Gruppe A. 3. Vorstellung: „Der Königsleutnant".
Dienstag: Gruppe B. 3. Vorstellung: „Der Königsleutnant".

Breslauer Schauspielhaus.
Montag: „Boccaccio".
Dienstag: „Boccaccio".
Mittwoch: „Boccaccio".
Donnerstag: „Boccaccio".
Freitag: „Boccaccio".
Sonnabend: „Brüderchen".

* **Kolossal-Rundgemälde am Friebeberg.** Die Ausstellung des gewaltigen Schlachtengemäldes „Die Völkerschlacht bei Leipzig" währt nur noch kurze Zeit, es sei deshalb wiederholt die Besichtigung dieses grandiosen Kunstwerks empfohlen.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 21. September 1907.

	Pro 100 Kilogramm gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	gering. Sorte höchste	gering. Sorte niedr.
Weizen, weißer	23.30	22.80	22.20	21.80	21.70	20.80
Weizen, gelber	23.20	22.20	22.10	21.70	21.60	20.70
Roggen	19.90	18.90	18.80	17.90	17.80	16.40
Braugerste	17.50	17.—	16.90	16.50	—.—	—.—
Gerste	15.30	15.10	15.—	14.70	14.60	14.30
Hafer, alter	18.20	17.80	17.70	17.50	17.40	17.—
Hafer, neuer	17 —	16.50	16.40	15.90	15.80	15.—
Viktoria-Erbsen	23.50	22.50	21.50	20.50	19.50	18.50
Erbsen	20.—	19.50	18.30	17.30	16.50	16.—
Winterraps	31.80	—.—	29.80	—.—	27.80	—.—

Heu pro 50 Kilogr. 3.70 bis 4.— Mk.
Stroh pro Schock 32.— bis 35.— Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl bez. pro 100 Kilogr. inkl. Sack Brutto Weizenmehl 00, fest, 31.50 bis 32.50 Mk. Roggenmehl 00, fest, 29.50 bis 30.— Mk. Roggen-Hausbacken, fest, 29.— bis 29.50 Mk. Roggenfuttermehl, fest, 13.— bis 14.— bis 15.— Mk. Weizenkleie fester, 11.— bis 12.— bis 13.— Mk.

Aus der Geschäftswelt.

In der Ziehung der Siebengebirgs-Lotterie vom 17. bis 20. September fielen: 100,000 Mk. auf Nr. 114,830; 50,000 Mk. auf Nr. 213,468; 30,000 Mk. auf Nr. 131,530; 5,000 Mk. auf Nr. 81,C24; 2,000 Mk. auf Nr. 11,984, 25,945, 31,427, 52,181, 73,541, 81,740, 99,697, 149,833, 186,254, 230 668. — Mitgeteilt durch das Bank- und Lotteriegeschäft B. Clement, Breslau I, Ring 22.

Verantwortlicher Redakteur: **Gustav Wolff.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz.** — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. **Hierzu 1 Beilage.**

Zentral-Verband der Schuhmacher.

Am Sonnabend, den 21. September, verschied nach langen schweren Leiden unser Mitglied 4647

Gustav Rittner.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.

Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Allerheiligen-Hospitals aus nach Kosel statt.

Am 21. ds. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden, unser Kollege 4648

Gustav Rittner

im 49. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhfabrik Dorndorf.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Kosel aus.

Volksvorstellung 1907/8
(Thalia-Theater).
I. Vorstellung.
Sonntag, den 29. September 1907
Nachmittag 3½ Uhr:
Mieze und Maria
von Georg Hirschfeld.

I. Rang **70** Pf., Parkett und Orchester **60** Pf., Balkon und Sperrsitz **50** Pf., 2. Rang **30** Pf., 3. Rang **20** Pf., Galerie **10** Pf.

Zu haben in der **Expedition der Volkswacht,** sowie bei den **Kolporteuren.**

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen aller Art im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe. **Achtung!**

4 grosse Versammlungen!

Dienstag, den 24. September, abends 8½ Uhr
in folgenden Lokalen: 4621

„Oppelner Schloßbräu", Friedrich-Wilhelmstr. 30,
„Ballhof", Schießwerderplatz 12.
„Goldener Zepter", Klosterstraße 47.
„Wilhelmsburg", Neudorfstraße 54.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. **Die Arbeitgebervereinigungen und ihr Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiter.** Referenten: **H. Zimmer, J. Hi[illegible], P. Senk, Fr. Gogsch.**
2. Freie Aussprache.

Die Berufskollegen werden auf das dringendste ersucht, in den Versammlungen zu erscheinen. **Die Einberufer.**

Stadt-Theater.
Montag: **„Die lustigen Weiber von Windsor".**
Dienstag: **„Cavalleria rusticana", „Bajazzi".**
Mittwoch: **„Tannhäuser".**

Lobe-Theater.
Montag: **„Die lustige Witwe".**
Dienstag: **„Die lustige Witwe".**
Mittwoch: **„Husarenfieber".**

Volksvorstellung im Thalia-Theater.
Montag, Gruppe A. 3. Vorstellung: **„Der Königsleutnant".**
Dienstag, Gruppe B. 3. Vorstellung: **„Der Königsleutnant".**

Schauspielhaus
Montag, 8 Uhr: **„Boccaccio".**
Dienstag, 8 Uhr: **„Boccaccio".**

Liebichs Etablissement.
Das glänzende **September-Programm**
11 Schlager 11.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Täglich: Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Bons an Wochentagen gültig.

Cabaret „Folies Bergère"
(Palast-Restaurant.)
4805 Nur **erstklassige Künstler.**
Täglich 9½—1 Uhr.
Außerdem: Zigeuner-Kapelle.

Kaufe gebr. Möbel, Federbetten, Teppiche, Portieren, ganze Nachlässe gegen sofortige Zahlung. 4645
Walter, Gartenstraße 36.

Gut und billig
kaufen Sie bei
Schulz & Liebich
Inh.: Paul Liebich [illegible]
Spezial-Geschäft für
Futterstoffe — Schneiderartikel
Westenstoffe — Militär-Effekten
Schuhbrücke 8, vis-à-vis [illegible]

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburtstags-Seidel,
Hochzeits-Seidel,
Jubiläums-Seidel,
in großer Auswahl [illegible]
Otto Miksch,
[illegible]

Zurückgekehrt
Dr. H. Herz. 4643

Zurückgekehrt 4642
Dr. Ludwig Goldschmidt.

Aelterer Möbeltischler
zur Reparatur von Altertümern wird gesucht. 4644
Koschmieder, Langegasse 28.

Zur gefälligen Beachtung!
An alle gutdeut. Handwerker, Arbeiter u. Landleute empfehle mein großes Lager von gebr. u. neuen Möbeln zu billigsten Preisen. 4645
Friedrichstraße 68, am Luisenplatz.

Gelegenheitskauf billiger Möbel,
einzelne Stücke wie auch ganze Ausstattungen in Nußbaum und imit. Küchen-Möbel, neu und gebraucht, sind zu verk.
Carlsstraße 43 II. 443

Stadt-Theater
geradeüber
Optische Industrie „Heidrich" 4535
Beste Bezugsquelle für Theatergläser!

Möbel-Verkauf!
Schränke, hell u. dunkel, Vertiko, Tische, Stühle, Sofa, Betten, Bettstellen, Schreibtisch, Arbeitshosen, Hosenträger, Socken, Strümpfe u. s. w. 4569
Berndt, Alsenstrasse 58.

Feuerversicherung
sowie **Lebensversicherung** auch für **Kinder,** vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

---

ff. Batavia-Arrak,
„ **Jamaica-Rum,**
„ französische und deutsche **Kognaks,**
„ **Punsche u. Tafelliköre**
empfiehlt 2408
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 8.
Flaschenverkauf im Comptoir, Hof. part.

Möbel Spiegel. Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95
Kein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Teilzahlung.

Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	105	Mk.
Salontisch	18	„
Trumeau mit Wäschekasten	60	„
Schrank „ „	60	„
Vertiko „ „	45	„
Spiegel mit Schränkchen und Wäschekasten	35	„
Diwan in gutem Stoff	36	„
Bettstelle mit Matratze	30	„
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4	„

Teppiche, Läufer, Waren und Sämtl. and. Ausstattungsgegenstände nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Konsum-Verein für Liegnitz und Umgegend
E. G. m. b. H.

Mit dem **28. September cr.** schließt das 3. Geschäftsjahr. Die Mitglieder werden hiermit aufgefordert, ihre **Dividendenscheine und -Marken, sowie ihre Mitgliedsbücher (ohne Legitimationskarte) vom 1.—7. Oktober in den Geschäftslokalen in verschlossenen Kuverts,** welche von den Lagerhaltern zu erhalten sind, abzugeben. **Später eingehende Dividendenscheine und -Marken werden nicht mehr berücksichtigt.** — Wegen vorzunehmender **Inventur** bleiben die Geschäfte **Sonntag, den 29. September, geschlossen.** 4641

Der Vorstand. M. Mehring.

Konsum-Verein für Bunzlau und Umgegend
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz am 30. Juni 1907.

		ℳ	₰		ℳ	₰
An Kassenbestand		484	09	Per Mitgliederguthaben	6284	—
„ Waren		6451	50	„ Kaution	700	—
„ Inventar	M. 721,44			„ Reservefonds	694	17
„ Zugang	„ 78,30			„ Gewinn	5180	67
	M. 799,74					
„ Abschreibg.	„ 199,74	600	—			
„ Anteil bei der Grosseinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, Hamburg		314	60			
„ Kautionshinterlegung		700	—			
„ Bankkonto mit Zinsen		4288	65			
„ Sparkasse Bunzlau		20	—			
		12858	84		12858	84

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 1906 . . . 410
Beigetreten . . . 63
Zusammen 473
Ausgeschieden durch Tod 10
Ausgeschieden durch Kündigung 32 — 42
Mitgliederbestand am 30. Juni 1907 431
Die eingezahlten Anteile betrugen am 30. Juni 1907 Mark 6284,—
Die eingezahlten Anteile betrugen am 1. Juli 1906 „ 5311,20
Mithin vermehrt um Mark 972,80
Die Haftsumme betrug am 30. Juni 1907 . . . Mk. 12 930,—
Die Haftsumme betrug am 1. Juli 1906 . . . „ 12 300,—
Mithin vermehrt um Mk. 630,—

Der Vorstand.
Dietrich Schlüter. Otto Zimmermann. Gustav Weigelt.

Der Aufsichtsrat.
Ewald Hartramph, Vorsitzender.

Soeben erschienen!

„Von Genf bis Stuttgart"

Festschrift zum Internationalen Kongress in Stuttgart
Reich illustriert — Preis **20** Pfg.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht".

„In freien Stunden"
Illustrierte Romen-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

---

50 Arbeiterfrauen 50
Volkswachtleser
ihre Haushaltungsartikel
kaufen Sie, wie bekannt, am **besten** und **billigsten** bei [8822
Rob. Kornmann, Friedrich-Wilhelmstr. **50.**

---

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme 1051
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Wir treffen uns 4412
mit fast sämtlichen großen Fabrikanten in dem Bestreben, den werten Kunden durch besonders günstige Angebote die Herbsteinkäufe zu erleichtern. Wir bringen in unseren Geschäftsräumen

auf der Oder

straße 5, fünftes Haus vom Ringe, große Posten fehlerhafte Bürsten, Kämme, Gummisauger, Rohrklopfer rc. rc., sowie **fehlerfreie Waren zu ermäßigten Preisen** zum Verkauf.

1 Seitenkamm	Mk. 0.03		1 Kleiderbürste	Mk. 0.10
1 Kindereinsteckkamm	„ 0.04	fehlerhaft	5 Gummisauger	„ 0.10
4 Waschbürsten	„ 0.05		1 Hutbürste mit Stiel	„ 0.10
3 Auftragbürsten	„ 0.05		1 Zahnbürste	„ 0.10
2 Kokos-Pinsel	„ 0.05		1 Kopfbürste mit Stiel	„ 0.10
3 Saugerm. Beißring	„ 0.05		3 Schock Klammern	„ 0.25

Starke Wäscheleinen, 30 Mtr. lang, Mk. 1.10, u. 40 Mtr. lang Mk. 1.45. 5 Pack Stahlspäne 90 Pf. 3 Bohnertücher 70 Pf. 2 Waschseifen 25 Pf. Aufwischbesen 32 Pf. Echte Roßhaarbesen 90 Pf., 1.— Mk. u. 1.65 Mk. 3 Scheuertücher mit verstärkter Mitte 50 Pf.

London & Co., Oderstrasse 5, fünftes Haus vom Ringe.

Verziehst du am 1. Oktober?

so antworte,

damit in der Zustellung der **„Volkswacht"** keine Unterbrechung einzutreten braucht, auf folgende beiden Fragen:

Wo wohnst du jetzt? ....

....

Wo wohnst du nach dem 1. Oktober?

....

Und vor allen Dingen vergesse nicht, deinen Vor- und Zunamen auf die folgende Linie zu setzen.

....

Schneide diesen Zettel aus und sende ihn an die Expedition der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5/6.

Befolgst du dies, so erhältst du pünktlich am 1. Oktober deine Zeitung in der neuen Wohnung.

Beilage zu Nr. 223 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 24. September 1907.

Winterprogramm des Bildungs-Ausschusses für die Breslauer Arbeiterschaft.

Der Bildungsausschuß des Sozialdemokratischen Vereins hat in Uebereinstimmung mit den Vertretern des Gewerkschaftskartells beschlossen, für die

erste Hälfte des Winterhalbjahres

vom 1. Oktober bis 1. Januar

folgende Veranstaltungen zur wissenschaftlichen und ästhetischen Förderung organisierter Arbeiter Breslaus zu treffen:

1. Vorträge.

Donnerstag, 3. Oktober:	**Wissenschaftliche Vorträge** in sieben Vorstadt-Versammlungen.
Donnerstag, 24. Oktober:	**Historischer Vortrag** vom Genossen Dr. Max Maurenbrecher im Gewerkschaftshause. (Der Zusammenbruch Preußens vor 100 Jahren.)
Donnerstag, 7. November:	**Wissenschaftliche Vorträge** in sieben Vorstadt-Versammlungen.
Montag, 18. November:	**Naturwissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag** von Herrn August Kahl im Gewerkschaftshause. (Die Abstammung des Menschen.)
Dienstag, 19. November:	**Naturwissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag** von Herrn August Kahl im Kronprinz, Kurze Gasse. (Die Wunder des Meeres.)
Donnerstag, 5. Dezember:	**Wissenschaftliche Vorträge** in sieben Vorstadt-Versammlungen.
Montag, 9. Dezember:	**Nationalökonomischer Vortrag** von Professor Werner Sombart im Gewerkschaftshause. (Neue Strömungen im Sozialismus in Frankreich und Italien.)

2. Theater und Konzerte.

Sonntag, 29. September:	**Volksvorstellung** im Thalia-Theater („Miete und Maria).
Sonntag, 20. Oktober:	**Volksvorstellung** im Thalia-Theater (Operette).
Sonntag, 10. November:	**Volkskonzert** im Gewerkschaftshause (Leitr. Rüster).
Sonntag, 17. November:	**Volksvorstellung** im Thalia-Theater.
Sonntag, 1. Dezember:	**Dichterabend** im Gewerkschaftshause (Josef Eichendorff).
Sonntag, 8. Dezember:	**Volksvorstellung** im Thalia-Theater.
Donnerstag, 26. Dezember:	**Volksvorstellung** im Thalia-Theater.

Wir bitten die Breslauer Arbeitervereine, auf diese Veranstaltungen Rücksicht zu nehmen und empfehlen den Genossen, das Programm auszuschneiden und aufzuheben.

Für die zweite Hälfte des Winterhalbjahres ist die Abhaltung eines Vortragskursus von 8 Abenden geplant, dessen Einzelheiten wir noch rechtzeitig bekannt geben.

Zu reger Beteiligung an allen Veranstaltungen ladet ein

Der Bildungsausschuß.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Schluß des 5. Verhandlungstages.

Essen, 20. September 1907.

Es folgen die Anträge, die

Tagesordnung und Ort des nächsten Parteitages

betreffen.

Schmidt-Sonnenburg begründet den Antrag, auf dem nächsten Parteitag die Landarbeiterfrage zu erörtern. Noch sei es uns noch nicht gelungen, die Landarbeiter in dem wünschenswerten Maße für die Partei zu gewinnen, obwohl sie in wahrhaft elender Lage seien. Sie würden von allen Parteien umschmeichelt, und die Sozialdemokratie müsse erwägen, was sie zu ihrer Gewinnung tun kann.

Stievenhofer-Charlottenburg: Die Landarbeiter sind nicht wie Menschen zweiter, sondern Bürger dritter Klasse, so entrechtet sind sie heute in Preußen. Wir haben nun den dringenden Wunsch, die Fortschritte in der Landarbeiteragitation, die uns bisher versagt waren, zu erzwingen. Wir unterstützen daher den Antrag des Vorredners und fügen hinzu, eine Enquete über die Lage der Landarbeiter zu veranstalten, um Agitationsmaterial zu gewinnen.

Pfannkuch-Berlin: Das Material zur Landarbeiterfrage hat der Verein für Sozialpolitik schon vor Jahren in drei großen Bänden gesammelt. Uns würde es schwer sein, die nötigen Fachleute zu gewinnen. Jedenfalls bitte ich Sie, dem Parteivorstand keine festen Vorschriften zu machen, sondern ihm die Anträge nur zur Erwägung zu überweisen. (Zustimmung.)

Katzenstein-Berlin hält das vorhandene Material für ausreichend und für nicht so umfangreich als daß nicht binnen kurzer Zeit die angeregte Denkschrift herausgegeben werden könnte.

Schmidt-Düsseldorf: Neuerdings fängt das Zentrum an, die Landarbeiter zu organisieren, weshalb wir dieser Frage erhöht unsere Aufmerksamkeit schenken sollten. (Sehr richtig!) Auf dem Würzburger Katholikentag hat der Abg. Giesberts angeführt, an eine Aufhebung der Gesindeordnungen sei nicht zu denken. Demgegenüber müssen wir auf die Erfolge der Hamburger Dienstboten hinweisen, die durch ihre Organisation die Herrschaften gezwungen haben, einen Dienstvertrag anzunehmen, der die Gesindeordnung so gut wie aufhebt.

Honrath-Aachen verweist auf die Schwierigkeit der Regelung der ganzen Frage.

Molkenbuhr: Was für die Landarbeiter bisher hat geschehen können, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für sich getan, ist dabei allerdings auf den hartnäckigsten Widerspruch des Zentrums gestoßen. Die Landarbeitergesetze sind Landesgesetze, so z. B. die preußische Gesindeordnung. Mit der Agitation für ihre Aufhebung dürfen wir aber nicht bis zum nächsten Parteitag warten, sondern diese Frage wird gerade beim Wahlrechtskampf in Preußen eine Rolle spielen. Dadurch erübrigt sich, die Frage gesondert auf dem nächsten Parteitag zu behandeln.

Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Zielowski-Frankfurt a. M. beantragt, wenn möglich auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages „Die Genossenschaftsfrage“ zu setzen mit Rücksicht auf die nach dem Düsseldorfer Genossenschaftstag zwischen Partei- und Genossenschaftspresse ausgebrochenen parteischädigenden Erörterungen. — Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Treu-Nürnberg befürwortet, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Agrarfrage zu setzen. Er verweist zur Begründung auf die Ausführungen Dr. Heims auf dem Würzburger Katholikentag, wenn das Zentrum die Landarbeiter jetzt nicht organisierte, würde es die Sozialdemokratie tun. Die Landarbeiterfrage könne aber nicht losgelöst von der ganzen Agrarfrage behandelt werden. Auch dieser Antrag wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Für den nächsten Parteitag liegen Einladungen aus Kiel, Magdeburg und Nürnberg vor.

Brecour-Kiel verweist darauf, daß in Schleswig-Holstein noch nie ein Parteitag getagt habe.

Henuig-Magdeburg zieht unter dem Beifall des Parteitages die Einladung nach Magdeburg für dieses Jahr zurück, bittet aber um Berücksichtigung Magdeburgs für 1909. (Beifall.)

Haagenstein-Nürnberg bittet Nürnberg, eine Hochburg der Sozialdemokratie, zu berücksichtigen, zumal 1908 vor 40 Jahren in Nürnbergs Mauern unter Bebels und Löwensteins Vorsitz der erste deutsche sozialistische Kongreß getagt habe.

Bebel feiert die Bedeutung dieses Kongresses für die deutsche Sozialdemokratie. In der Abstimmung wird mit großer Mehrheit Nürnberg zum Ort des nächsten Parteitages gewählt.

Es ist ein längerer Antrag eingegangen, der die Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als mit den Grundsätzen der Demokratie nicht vereinbar erklärt.

Singer: Nachdem der Parteitag vorher beschlossen hat, die Angelegenheit der Lokalisten in diesem Jahre nicht zu erörtern, sondern die weiteren Verhandlungen abzuwarten, halte ich diesen Antrag für unzulässig. (Zustimmung.)

Reichel-Stuttgart: Es soll hier keineswegs gesagt werden, ob Wiesenthal mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seine Parteizugehörigkeit verwirkt hat oder nicht, sondern soll lediglich eine diese Gründung verurteilende Erklärung abgeben.

Die Zulässigkeit des Antrages wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Rudolph-Frankfurt a. M. und **Meyer-Wilhelmshaven** begründen die Anträge von mehr denn 20 Wahlvereinen auf Einführung einheitlicher Mitgliedbücher und eventl. auch eines einheitlichen Beitrages für ganz Deutschland.

Dann vertagt sich der Parteitag auf Sonnabend, Vormittags 9 Uhr.

* * *

6. Verhandlungstag.

Vors. **Singer** eröffnet die Sitzung und erteilt zu einer Begrüßungsansprache dem Vertreter der belgischen Sozialdemokratie

Millies, Vertrauensmann der Antwerpener Hafenarbeiter,

das Wort. Dieser versichert die deutsche Sozialdemokratie der lebhaften Anteilnahme an den Verhandlungen ihres Parteitages, aus denen die belgische Bruderpartei stets viel gelernt hätte. Als Zweck seines Kommens bezeichnet er es, die deutsche Partei um Hilfe für die Antwerpener Hafenarbeiter in ihrem schweren Kampfe zu bitten. 25,000 Hafenarbeiter hätten in Antwerpen ihr karges Brot verdient. Lange sei ihre Organisierung infolge des starken Zuströmens von Landarbeitern unmöglich gewesen, endlich sei sie in unermüdlicher Arbeit gelungen. Da habe der Ozeantrust, die gewaltige Kapitalsmacht von 700 Millionen, der in diesem Jahre die Arbeiter seine Macht schon habe fühlen lassen in London, Rotterdam und Hamburg, die Löhne in Antwerpen von 6 Franks auf 5 Franks pro Tag herabgesetzt und auf ihren geschlossenen, einmütigen Protest sie allesamt aufs Pflaster geworfen. Vergeblich hätten Bürgermeister, Gouverneur und Arbeitsminister eingewirkt, die Federation maritime habe jede Vereinbarung abgelehnt. Schon acht Wochen ständen jetzt die Antwerpener Hafenarbeiter im Kampfe, ihre Not sei groß, die Familien lebten von trockenem Brot. Aber nie und nimmer würden sie sich willenlos den Kapitalisten unterwerfen! Niemals! Es sei ein Kampf auf Leben und Tod. In dieser Not rufen wir die deutsche Solidarität an. Tausende von Streikbrechern sind nach Antwerpen geschafft worden, darunter auch viele Deutsche zur Schmach und Schande der deutschen Nation. (Sehr wahr!) Mit den Pfennigen der Arbeiter-Organisationen soll jetzt die deutsche Sozialdemokratie die deutsche Ehre retten. Wir rechnen auf unsere deutschen Brüder und ich schließe, indem ich Ihnen zurufe: Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Singer:** Ich glaube namens der deutschen Sozialdemokratie den Antwerpener Genossen unsere volle Sympathie und Unterstützung zusichern zu können. (Lebh. Zustimmung.)

Für die

Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommission

ergänzt **Stubbe-Hamburg** zunächst den Bericht dahin, daß im Laufe der Woche noch zwei Mandatsträger und ein Reichstagsabgeordneter eingetroffen sind, die Zahl der Teilnehmer am Parteitag also auf 310 gestiegen ist. Er verliest ferner einen **Protest** der Kommission: Sie sei von dem Parteitag beauftragt worden, unter den Beschwerden auch den Fall Wiesenthal zu erledigen. Nach einem zeitraubenden Aktenstudium und eingehender Beweiserhebung sei sie zu einem einstimmig angenommenen Vorschlag an den Parteitag gekommen. Dann habe aber der Parteitag auf Antrag Bebel beschlossen, ihren Bericht gar nicht entgegenzunehmen, sondern die Angelegenheit auf das nächste Jahr zu vertagen. Daß der Parteitag der Kommission nutzlos eine so große Arbeit aufgebürdet und sie dann vor seiner Beschlußfassung nicht einmal angehört hat, empfindet die Kommission als Brüskierung und legt Protest gegen dieses ungewöhnliche Vorgehen des Parteivorstandes ein. (Unruhe.) Dieser Protest ist von allen Mitgliedern der Kommission unterzeichnet.

Der Protest geht zu Protokoll. Von dem

Parteigenossen Calwer in Berlin

ist ein Telegramm eingegangen, in dem er gegen die Ausführungen von Riecke-Braunschweig protestiert, sie als unwahr bezeichnet und die ihm unterstellten Aeußerungen über Bebel entschieden bestreitet.

Vors. **Singer** teilt das Resultat der

Vorstandswahlen

mit: Es sind gewählt zu Vorsitzenden **Bebel** und **Singer** mit 290 Stimmen, zum Kassierer **Gerisch** mit 289 Stimmen; zu Sekretären **Ebert** mit 290, **Molkenbuhr** mit 283, **Müller** mit 286 und **Pfannkuch** mit 283 Stimmen. In die Kontrollkommission sind gewählt, **Kaden**-Dresden mit 261, **Geck**-Offenbach mit 256, **Bock**-Gotha mit 252, **Klara Zetkin** mit 244, **Ehrhardt**-Ludwigshafen mit 241, **Brühne**-Frankfurt mit 221, **Braun**-Königsberg mit 217, **Ernst**-Berlin mit 216 und **Koenen**-Hamburg mit 197 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

Hierauf fährt der Parteitag in der Beratung der gestellten Anträge fort. Die Anträge auf

Vereinheitlichung der Mitglieds-, Geschäfts- und Abrechnungs-Bücher

finden allgemeine Zustimmung. Hingegen findet über die Anträge auf Einführung eines einheitlichen Mitgliederbeitrages oder eines Mindestbeitrages eine lebhafte Debatte statt. Von mehreren Vertretern ländlicher Wahlkreise wird die Möglichkeit dieser Maßregel bestritten.

Andererseits hebt **Haupt-Jerichow I und II** hervor, daß gerade auch die großen Industriestädte noch vielfach unter 10 Pfg. pro Woche Beitrag zahlen, während die kleinen Wahlkreise, um auf ihre Rechnung zu kommen, vielfach höhere Beiträge zahlen müßten. Die Anträge werden schließlich, wie betont wird, vorläufig für dieses Jahr mit Mehrheit abgelehnt.

Ein Antrag **Krochnum** wünscht eine Aenderung des Ausschlußverfahrens dahin, daß als erste Instanz die Kreisorganisation fungieren soll. Nachdem **Pfannkuch** die höheren Rechtsgarantien des bestehenden Verfahrens dargelegt hat, wird der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Vorsitzender **Singer** teilt mit, daß die Kontrollkommission **Eberhardt**-Berlin und **Wengels**-Berlin zu Beisitzern des Parteivorstandes gewählt und daß Parteivorstand und Kontrollkommission den alten Bildungsausschuß wiedergewählt haben, der besteht aus Dr. **David**-Mainz, **Heimann**-Berlin, **Korn**-Kiel, **Mehring**-Leipzig, **Schulz**-Berlin (als Geschäftsführer), v. **Vollmar**-München und **Zetkin**-Stuttgart. Ferner liegen Kontrollkommission und Parteivorstand durch **Bebel** folgende Anträge zur

Geschäftsfrage der Provinzial-Parteisekretäre

vor. 1. Das Anfangsmindestgehalt wird von 2000 auf 2200 Mark erhöht. 2. Alle 2 Jahre tritt eine Erhöhung des Gehalts um 200 Mark ein. 3. Die bereits zurückgelegte Dienstzeit wird angerechnet. 4. Die Ortszulage der örtlichen Organisationen sollen unberührt bleiben. 5. Die Bezirksparteisekretäre sollen in jedem Jahre 14 Tage Ferien haben.

Katzenstein-Berlin bittet, diese Bestimmungen sinngemäß möglichst auch auf die Redakteure anzuwenden, was **Bebel** zusagt.

Hierauf wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag **Deimenhorst** wünscht intensivere Agitationen durch Versammlungen und die Parteipresse

zugunsten der Jugendorganisationen.

Den Antrag begründet

Dr. **Liebknecht-Berlin:** Der Mannheimer Parteitag habe zwar eine allgemeine Sympathieerklärung zugunsten der Jugendorganisationen angenommen, aber vielfach begegne die Jugendorganisation doch einem passiven Widerstand, einer gewissen Stachligkeit, als sei sie nur das Steckenpferd oder die Spielerei einzelner Leute. (Zuruf **Richard Fischers.**) Der Parteivorstand in jetzt allerdings wenigstens auf dem Wege der Besserung. (Heiterkeit.) Aber die Jugendorganisationen sind gerade jetzt Gegenstand der feindseligsten Urteile der Klassenjustiz und der unerhörtesten Polizeischikanen und jetzt plant das neue Reichsvereinsgesetz ein neues Attentat gegen sie. Deshalb muß die ganze Partei noch einmal ihre volle Sympathie mit der Jugendbewegung bekunden und ihr das Versprechen geben, sie mit voller Kraft zu halten und dem neuen Vereinsgesetz ein „Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht!“ zurufen. (Beifall.)

Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

Es folgten die Anträge **Spandau-Osthavelland** (Belten) auf eine besondere systematische antimilitaristische Propaganda und **Dortmund** auf eine besondere

antimilitaristische Propaganda

unter den Rekruten.

Liebknecht führt begründend aus, daß sich ein ganzer Sagenkreis um die antimilitaristische Agitation gebildet habe. Vollmar und Südekum hätten bewiesen, daß sie gar keine Ahnung von ihr hätten (Heiterkeit) und einen Popanz statt der Wirklichkeit bekämpft. Er habe niemals weder eine Kasernenagitation noch eine besondere antimilitaristische Agitation gewünscht. Nur systematischer, sozialer, eindringlicher habe er die antimilitaristische Agitation gewünscht, weil hier ein Manko in der Partei sei. Die antimilitaristische Agitation sei nicht eine Spielerei von ihm, sondern stütze sich auf die Stimmung der breiten Masse und den ernsten Willen der Parteigenossen. Hier im Ruhrrevier sei 1889 das Arbeiterblut durch Militär vergossen worden, hier in Essen sei die Burg des Kanonenkönigs Krupp. Da solle und müsse der Genius bei den Delegierten zu energischer Stellungnahme gegen den Militarismus treiben. Aber der Antimilitarismus werde besser gemacht als geredet, und deshalb ziehe er unter Berufung auf den Beschluß des Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongresses, der die Forderung nach kräftigstem Kampf gegen den Militarismus sowieso an die Partei stelle, seinen Antrag zurück. (Beifall und Heiterkeit.)

Ueber den Antrag Dortmund beschließt der Parteitag Uebergang zur Tagesordnung.

Angenommen wird schließlich noch ein Antrag **Magdeburg**, der die Parteiorganisationen zu statistischen Erhebungen über die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft auffordert. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Singers Schlußwort.

Wir stehen nun am Schlusse des Parteitags. Ich möchte zunächst den Essener Genossen danken für die Tapferkeit und Zähigkeit, mit der sie die Hindernisse, die diesem Parteitag entgegenstanden, überwunden haben. Ich dehne diesen Dank auch aus auf die Tätigkeit der Essener Genossen während des Parteitages. Wir sind ihnen Dank schuldig nicht nur für die Organisation dieses Parteitages, sondern auch für die Erholung, die sie uns geboten haben. Weiter will ich auch den Genossen unseren Dank aussprechen, die in den Kommissionen gearbeitet haben, vor allem der Resolutionskommission, die mehr wie je auf diesem Parteitag beschäftigt gewesen ist. Die Anregung, die in dieser Beziehung gegeben worden ist, auf späteren Parteitagen eine besondere Beschwerdekommission zu wählen, wird gewiß auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

Das Resultat unserer Verhandlungen kann, wie ich glaube, uns vollständig befriedigen. Ich weiß aus Aeußerungen einer ganzen Reihe von Genossen, daß wir um so mehr befriedigt von diesem Parteitag scheiden, als wir uns vorgestellt hatten, daß die organisatorische Arbeit unserer hiesigen Genossen nicht zu dem Erfolge führen würde, den Parteitag auch äußerlich so abhalten zu können, wie es geschehen ist. Was aber die Verhandlungen selbst anlangt, so dürfen wir uneingeschränkt uns gestehen, daß wir zufrieden sein können mit dem Verlauf dieses Parteitages sowohl in Bezug auf die Beschlüsse, die wir gefaßt haben, als auch in Bezug auf die Art, in der die Verhandlungen geführt worden sind. Wir haben uns mit dem Beschluß auf Gründung eines Preßbureaus eine neue Waffe geschaffen, die, wie ich hoffe, für unsere Partei von großem Nutzen sein wird. Das Preßbureau ist berufen, der Agitation diejenigen Mittel an die Hand zu geben, die bisher noch nicht in genügender Weise, namentlich der mittleren und kleineren Presse zuteil wurden. Wir alle sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß unsere Presse eine der wichtigsten Waffen in dem Emanzipationskampfe der Arbeiter ist. Die Presse auszugestalten, daß sie ihre Aufgabe voll erfüllen kann, war von jeher Ziel und Bestreben der Partei. Wenn von mancher Seite die Befürchtung gehegt wird, daß durch das Preßbureau die Selbständigkeit der Parteipresse beeinträchtigt werden würde, so wird sich diese Befürchtung in keiner Weise erfüllen. So wie wir mit den anderen Organen, die im Laufe der Zeit geschaffen worden sind, glänzende Erfolge erzielt haben, so wird es auch mit der Einrichtung dieses Preßbureaus sein. Die Diskussion über den internationalen Kongreß hat uns aufs neue die Solidarität der deutschen Partei mit den Proletariern aller Länder bewiesen. Unsere Zustimmung zu den Stuttgarter Beschlüssen bedeutet keine Formalität, sondern es liegt darin gleichzeitig die Verpflichtung und das Versprechen, die Richtlinien, die der internationale Kongreß für das Proletariat aller Länder gegeben hat, auch in Deutschland treue zu halten, sie zu propagieren — für sie zu wirken. (Lebh. Zustimm.) Das ist der Sinn des kurzen Zustimmungsbeschlusses, der dazu führen wird, sowohl bei den Bruderparteien in den übrigen Ländern, als auch bei uns selbst das Bewußtsein zu stärken, daß da wo die internationale Arbeiterbewegung marschiert, die deutsche Sozialdemokratie mit vorne geht. (Lebh. Beifall.)

Durch den Beschluß zur Maifeierfrage haben wir ausgedrückt, daß wir, soweit es irgendwie möglich ist, gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kampf für die Befreiung des Proletariats führen wollen. (Beifall.) Dieser Beschluß hat aufs neue bestätigt, daß Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratische Bewegung Arme eines mächtigen Stromes sind.

Was die beiden Richtungen jede für sich kämpfen und schaffen, das soll schließlich [illegible] werden zum gemeinsamen Kampf für die Befreiung des Proletariats. (Beifall.) Wenn es uns an

dingt, die Maifeier, wie ich hoffe, so zu gestalten, daß die Meinereien und Meinungsverschiedenheiten verschwinden, werden wir den Gedanken der Maifeier um so schärfer zum Ausdruck bringen können als einen gewaltigen Protest des internationalen Proletariats auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. (Lebhafter Beifall.) Unsere Verhandlungen haben aufs neue zur Evidenz bewiesen, daß die Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft dasteht. (Sehr wahr!) Stolz und kühn können wir unsere Bahn weiter verfolgen. Wir brauchen nicht kleinmütig zu sein, wir sind sicher, daß die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland weder niedergeritten noch niedergebetet werden kann. (Stürmischer Beifall.) In diesem Bewußtsein, das bekräftigt wird durch die Verhandlungen dieser Woche, gehen wir an die neue Arbeit.

Für die Sozialdemokratie gibt es kein Ruhen und kein Rasten. Die Sozialdemokratie benutzt ihre Parteitage, um sich zu vergegenwärtigen, was sie geleistet hat, um sich darüber klar zu werden, was sie leisten muß. Auch auf diesem Parteitage ist der einmütige Entschluß zutage getreten, weiter zu kämpfen bis das letzte große Ziel erreicht ist. (Lebhafter Beifall.) Mit dem Bewußtsein, mit dem festen Entschluß, auch diesen Parteitag als eine Etappe zu betrachten, von der aus der weitere Vormarsch gemacht wird, als den Ausgangspunkt neuer Antriebe, neuer Arbeit, neuer Agitation, neuer Propagierung unserer Grundsätze, mit diesem Bewußtsein gehen wir auseinander und bekräftigen diesen Entschluß mit unserem alten Schlachtruf: Die deutsche Sozialdemokratie lebe hoch.

Die Teilnehmer des Parteitags haben sich erhoben, stimmen dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers des Sozialistenmarsches: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen.“ Der Parteitag ist geschlossen.

* * *

Das Preßbureau für die Parteipresse.

Der vom Parteitage genehmigte Entwurf für das sozialdemokratische Preßbureau hat jetzt folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Partei errichtet ein Preßbureau in Berlin.

§ 2. Aufgabe des Bureaus ist:

1. Die Uebermittelung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur an die Parteipresse;
2. die Beschaffung gesetzgeberischen und statistischen Materials für die Parteipresse;
3. die Herausgabe der „Parteikorrespondenz“.

§ 3. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wird ein Berichterstatter- und Mitarbeiterdienst eingerichtet.

Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Preßbureaus ist die Lieferung politischer Leitartikel, sowie die Behandlung parteitaktischer und parteitheoretischer Fragen.

§ 4. Der Nachrichtendienst erfolgt telephonisch, telegraphisch und brieflich.

§ 5. Die Einrichtung des Bureaus, die Anstellung der Redakteure, der Berichterstatter und des Hilfspersonals obliegt dem Parteivorstand, welchem zu diesem Zwecke fünf Redakteure der Parteipresse als Beirat zur Seite stehen.

Der Beirat hat in allen das Preßbureau betreffenden Angelegenheiten beschließende Stimme.

Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter des Bureaus sein.

§ 6. So oft Angelegenheiten des Bureaus zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 7. Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu senden.

§ 8. Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

§ 9. Die Einrichtungskosten des Preßbureaus werden von der Parteikasse getragen. Die laufenden Unterhaltungskosten des Nachrichten- und Mitteilungsdienstes sind mit Ausnahme der auf die „Parteikorrespondenz“ entfallenden Kosten dermaßen aufzubringen, daß die Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Parteiblätter, die telegraphischen und telephonischen Dienst beanspruchen, haben die Gebühren zu erstatten.

Essen, den 18. September 1907.

Für die Kommission des Parteitages:
Herm. Müller, Vorsitzender.
Adolf Geck, Schriftführer.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik. In einem Vortrag über Kolonialpolitik, den Genosse Fräßdorf-Dresden in Leipzig-Neuschönefeld hielt, vertrat er die Ansicht, daß auch die Sozialdemokratie die deutsche Kolonialpolitik zu beeinflussen suchen müsse, und, falls im neuen Reichsetat die Mittel bewilligt würden, um Reichstagsabgeordnete zum Zwecke von Studien nach Deutschafrika zu senden, sollten auch sozialdemokratische Abgeordnete an dieser Studienreise teilnehmen. Die „Leipz. Volksztg.“ gibt ihrer abweichenden Ansicht über diese Stellungnahme Ausdruck.

Für Genossen, die Paris besuchen. Der seit 30 Jahren in Paris bestehende Deutsche Sozialdemokratische Leseklub hält seine regelmäßigen Versammlungen an jedem Sonnabend um 9 Uhr im großen Saale des Restaurant Senn, 9, rue de Valois (Palais-Royal) ab. Einem Vortrage aus politischem oder wissenschaftlichem Gebiete folgt die Diskussion, an der jeder Anwesende sich beteiligen kann. Eine außerordentlich reichhaltige Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Kurse der französischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene werden abgehalten. Deutsche, österreichische, französische, schweizerische Parteiblätter liegen zur täglichen Benutzung im Klublokale aus. Gesellige Veranstaltungen, Besuche von Museen und anderen Sehenswürdigkeiten werden unternommen. Einen Arbeitsnachweis besitzt der Klub nicht, jede sonstige Unterweisung wird den Zureisenden in brüderlicher Weise geboten. Es ist jedem nach Paris kommenden Genossen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub zu wenden. Allabendlich ist ein Mitglied der Ordnerkommission anwesend.

Arbeiterbewegung.

Der Internationale Bergarbeiter-Kongreß zu Salzburg nahm am Freitag die Resolution betreffend den Minimallohn an. Der Antrag Deutschlands und Oesterreichs dazu lautet: Auf dem Wege des Abschlusses von Tarifverträgen müssen die Bergarbeiter-Organisationen einen Minimallohn festzulegen suchen. Aus der Debatte ging hervor, daß in England größtenteils ein Minimallohn besteht. Die englischen Arbeiter streben ihn für alle Bergbaubetriebe mit 7½ Schilling an. Die Resolution wegen der Festsetzung der vierzehntägigen Ferien für die Bergarbeiter wurde dem Internationalen Komitee zugewiesen. Hiermit ist das Programm des Kongresses erledigt. Der nächste Kongreß findet 1908 in Paris statt.

Einigung in Kiel. Zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern im Baugewerbe ist eine Einigung erzielt worden. Infolgedessen werden die vorgenommenen Arbeiterentlassungen sämtlich rückgängig gemacht und der Betrieb am nächsten Montag überall wieder aufgenommen.

Ein Sympathiestreik in St. Louis. Ein am Freitag ausgebrochener Schuharbeiterausstand veranlaßte am Sonnabend in 18 Fabriken einen Sympathiestreik, die zusammen annähernd 30,000 Arbeiter beschäftigen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. September.

Geschichtskalender.

23. September.

1783	Der Historienmaler Peter von Cornelius in Düsseldorf *.
1861	Der Historiker Friedrich Christoph Schlosser in Heidelberg †.
1889	Der englische Novellist Collins in London †.
1900	Internationaler Sozialistischer Kongreß in Paris.
1906	Parteitag in Mannheim.

* **Wie man Reichsrentier wird.** In der Sitzung vom 19. d. M. wurden nicht weniger als 23 Rentenstreitsachen der königlichen Eisenbahn-Direktion Breslau verhandelt. Die meisten Kläger waren Arbeiter, die viele Jahre in Diensten der Eisenbahnverwaltung standen, im Betriebe schwer verunglückt sind und nunmehr auf ihre alten Tage von der kargen Rente notdürftig ihr Leben fristen müssen. Wenn man die kranken gebrechlichen Gestalten sieht, möchte einem das Herz brechen und unwillkürlich ermannt einen der Zorn, daß bei all diesem Elend die „Schlesische Zeitung“ die Stirn hat, zu behaupten, daß auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge zu viel getan werde, daß damit Einhalt geschehen müsse.

Der Rangierarbeiter Gruner in Breslau hat viele Jahre der Eisenbahn treue Dienste geleistet; bei einem Zusammenstoß von Wagen ist er schwer verunglückt, es sind ihm beide Beine zerquetscht worden und er ist Zeit seines Lebens ein Krüppel, der sich ohne Hilfe nicht fortbewegen kann. Dieser Aermste erhält die Vollrente und außerdem hat ihm die Direktion den sogenannten Hilflosenzuschuß von monatlich 5 Mk. gewährt. Ja, werden unsere Gegner sagen, was will denn da die „Volkswacht“ noch, mehr kann die Direktion doch nicht tun. Sehen wir uns aber die Wohltat etwas näher an. Der Mann verdiente, als er damals noch im Vollbesitze seiner Arbeitskraft war, täglich 2.34 Mk. — die Vollrente beträgt zwei Drittel des Arbeitsverdienstes, pro Tag also 1.76 Mark, davon muß der vollständig erwerbslose Mann mit Frau und Kindern auskommen. Er und seine Frau baten das Schiedsgericht inständigst, die Rente auf den vollen Arbeitsverdienst auszudehnen, seine Frau müsse den ganzen Tag um ihn sein, ihn an- und auskleiden, aus dem Bett heben usw., sie könne somit zum Lebensunterhalt nichts beitragen und eine fremde Person könne er sich zur Hilfeleistung nicht annehmen. Wo vollständige Hilflosigkeit vorhanden ist, kann die Rente bis zur Höhe des vollen Arbeitsverdienstes erweitert werden. Der Vorsitzende frug den Mann, ob es ihm garnicht möglich sei, sich einen Nebenverdienst durch Schreiben zu erwerben. „Aber Herr Geheimrat“, erwiderte des Klägers Frau, „es gibt so viele junge und gesunde Leute, die sich zum Adressenschreiben melden, da wird man doch keine Krüppel nehmen.“ Das Schiedsgericht erhöhte die Rente auf 85 Prozent des Arbeitsverdienstes. Anstatt 1.76 Mk. wird Gruner jetzt ungefähr 2.10 Mk. pro Tag Rente erhalten. Der Zuschuß von 5 Mk. kommt in Wegfall. Die Erhöhung geschieht mit Rücksicht auf die Schmerzen und die körperliche Hilflosigkeit.

Gehen wir weiter in unserer Besprechung. Der Arbeiter Trendel in Breslau ist an einem Novembertag im Jahre 1906 vor den Gleisen im Posthofe der Oberschlesischen Eisenbahn in bewußtlosem Zustande aufgefunden worden. Sein Gesicht war zerschunden und das Blut rieselte vom Körper herunter. Erst nach geraumer Zeit, Trendel gibt vier Tage an, hat er das Bewußtsein wieder erlangt. Was mit ihm geschehen, wußte er nicht, er glaubt von der Lokomotive auf das Gleis herabgeschleudert zu sein. Bei dem Arbeiter stellten sich später epileptische Krämpfe und Herzleiden ein, er wurde arbeitsunfähig und beantragte bei der Direktion eine Gewährung einer Unfallrente. Die Verwaltung schickt ihn in die Heilanstalt für Unfallverletzte zur Untersuchung. Das korporative Gutachten lautete dahin, der Mann sei Epileptiker und bei jenem Sturz sei die Krankheit zum ersten Male zum Ausbruch gekommen. Trendel versichert, immer kerngesund gewesen zu sein, er sei bei der Annahme in den Eisenbahndienst vom Bahnarzt für gesund befunden worden, er habe beim Militär gedient und Uebungen mitgemacht, auch nicht die Spur von epileptischen Anfällen habe er jemals gehabt. Nur durch Unfall könne er sich das Leiden zugezogen haben. — Der Vertreter der Direktion kann an einen Unfall nicht glauben, beim Rangieren dulde der Lokomotivführer den Rangierarbeiter nicht auf der Maschine, die Angabe des Klägers könne nicht auf Wahrheit beruhen. Hier schaltete der Vorsitzende ein, selbst wenn das nicht mehr sein sollte, so sei doch die Möglichkeit eines Betriebsunfalles nicht von der Hand zu weisen. Der Kläger kann über das Gleis gestolpert oder es kann sonst etwas passiert sein, auf jeden Fall wäre es als ein Betriebsunfall anzusehen. Das Schiedsgericht hielt die Sache für noch nicht spruchreif. Trendel soll nochmals auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden.

Der Schlosser Franz Bayer in Breslau bittet um eine Entschädigung. Er hat mit einem Kollegen eine schwere Achswelle heben müssen, wovon er Lungenbluten bekommen habe. Er habe lange gelitten und könne jetzt seiner alten Beschäftigung nicht nachgehen. Man hat ihm eine andere Beschäftigung gegeben als Materialherausgeber, da verdiene er aber nur täglich 2.40 Mark. Die Direktion bestritt, daß das Lungenbluten durch das Heben entstanden sei. Der Kläger habe schon früher Lungenleiden gehabt, auch sei das Lungenbluten nicht bei der Arbeit, sondern in seiner Behausung aufgetreten. Bayer bemerkte, daß er wohl einmal Lungenkatarrh gehabt habe, aber das war gar nicht schlimm gewesen, das Bluten sei wohl bei der Arbeit entstanden, er habe plötzlich den Mund voller Blut gehabt. Das Schiedsgericht wies das Gesuch zurück. Als ein Betriebsunfall im Sinne des Gesetzes könne das Vorkommnis nicht angesehen werden und darum könne eine Entschädigung nicht gewährt werden.

Der Hilfsbremser Bartnitzke erhielt nach einem Gutachten der Heilanstalt für Unfallverletzte für den ihm betroffenen Unfall eine Rente von 25 Prozent. Der Verletzte sei zwar erwerbsbeschränkt, aber nur in dem von dem Arzte festgestellten Umfange. Dieser Satz war dem Arbeiter für sein Leiden viel zu wenig, er wandte sich an einen Arzt und bat diesen um Ausstellung eines Attestes. Der Arzt konstatierte, daß Bartnitzke um 40—50 Prozent erwerbsbeschränkt sei. Nun wurde der Arbeiter nochmals in die Heilanstalt geschickt zur nochmaligen Untersuchung. Die Aerzte sagten, eine Verschlimmerung sei zwar seit der ersten Untersuchung zu konstatieren, aber sie sei keine Unfallsfolge, der Mann habe ein altes Leiden und dasselbe habe sich verschlimmert. Das Institut blieb bei dem einmal abgegebenen Urteil, daß die Beschränkung nicht höher als 24 Prozent zu schätzen sei und zwar sei das eine wohlwollende Schätzung. Selbstverständlich bewilligte die Direktion eben nur 25 Prozent. Nun holte das Schiedsgericht ein Gutachten ein, und siehe da, der betreffende Arzt begutachtete, daß der Arbeiter um 50 Prozent beschränkt sei. Der Mann leidet an großer Nervenschwäche, auch funktioniert das Herz nicht in der richtigen Weise. Sein Allgemeinbefinden ist stark herabgemindert. Die Heilanstalt behauptet, daß die Belästigungen von dem Hängebauch des Klägers herrühren. Das Schiedsgericht kam zu der Ueberzeugung, daß 25 Prozent für den Mann doch zu wenig seien und verurteilte die Eisenbahnverwaltung zur Zahlung von 40 Prozent. In der Sitzung verlangten auch drei Witwen Hinterbliebenenrente, sie wurden zurückgewiesen. Hierüber berichten wir ein anderes Mal.

Den Herren Redakteuren der „Schlesischen Zeitung“ aber möchten wir raten, nur einmal einer einzigen Sitzung des Schiedsgerichts auf der Kronprinzenstraße beizuwohnen. Die Lust, Reichsrentier zu werden, wird ihnen dann sicher ebenso schnell vergehen wie hoffentlich auch das Vergnügen daran, jene Unglücklichen zu verunglimpfen, die den aufreibenden Kampf um eine Rente führen müssen.

Stadt-Theater.

„Carmen“.

Ein vorzüglich besetztes Haus jubelte am Sonnabend der wieder in den Spielplan aufgenommenen, aufgefrischten Bizetschen Oper zu. Neben den als erstklassig bekannten Leistungen der Frau Verhunk (Carmen) und des Herrn Günther-Braun (Don José) parodierte noch Herr Höpfl als Escamillo, der für diese kleine, aber schwierige Partie das nötige gesangliche Können mitbringt. Darstellerisch hätte der Künstler etwas mehr Temperament aufwenden können. Die Micaela des Fräulein Sommerfeld, äußerlich von ungewohnter, aber durchaus sympathischer Erscheinung, war stimmlich ungleich. Dort, wo sie mit hohen Tönen glänzen sollte, zeigte sich die Schwäche ihres sonst sehr brauchbaren Materials. Während das Duett im ersten Akte durch seine intime Behandlung einen guten Eindruck machte, ging die Arie des dritten Aufzuges ziemlich spurlos vorüber. Die Besetzung der kleineren Rollen war die gleiche wie im Vorjahre, bis auf den einen Schmuggler, der sonst von Rehkopf gesungen wurde und nun Herrn Normann zugefallen war, der ihn musikalisch sicher erledigte. Die Nüance im Quartett in der Schenke (abwechselnd forte und piano zu singen) hat nur dann einen Sinn, wenn der Wirt nach Vorschrift des Librettisten hin und wieder die Schenke betritt und bei seinen Hantierungen in die Nähe des Tisches kommt. In diesem Falle wirkt der plötzliche Wechsel der Stärkegrade außerordentlich. In den Balletts des letzten Aufzuges zeichneten sich die Damen Haber, Sterna und Terka aus. Für Interessenten, die einen Teil der reizenden Balletmusik spielen möchten, sei bemerkt, daß diese in der Suite Nr. 2 aus l'Arlésienne zu finden ist, in den Klavierauszügen fehlt diese Musik. — Das Orchester spielte unter Herrn Prüwers Leitung prachtvoll, aber nicht so wohltuend zurückhaltend, wie in den allerersten Aufführungen dieser Oper. So klang z. B. der Schmugglerchor (3. Akt, 1. Szene) ziemlich brutal, namentlich seitens der aufdringlichen Tenöre. Zu bemängeln ist ferner das zu schnelle Tempo der dreistrophigen Zigeuner-Melodie (Akt 2, Szene 1.) Vielleicht sieht sich Herr Prüwer einmal die Metronombezeichnungen genauer an, die eine wohlbeabsichtigte Steigerung des immer wilder werdenden Tanzes bedingen. Diese Steigerung wird auch in musikalischer Hinsicht noch mehr erreicht, wenn jede Strophe von einer anderen Zigeunerin gesungen wird. Der Beifall nach den Abschlüssen war stürmisch und wohlverdient.

H. M.

* * *

22. September.

„Frau Diavola“.

Die im Vorjahre so beliebte Aufführung der reizenden komischen Oper vermochte am Sonntag bei ihrer Wiederaufführung auffallender Weise nur eine geringe Anziehungskraft auszuüben: Wenigstens war das Parkett nur schwach besucht. Und doch verdient gerade dieses Ensemble eine größere Beachtung. Die Besetzung der Rollen war bis auf den Banditen Giacomo dieselbe geblieben. Herr Günther-Braun, der erst gestern den José gesungen, führte die Titelpartie mit der gewohnten Eleganz und sieghaften Stimme durch. Immerhin tut dieser Künstler entschieden nicht gut, seinem Organ solche Strapazen zuzumuten. Die Damen Neisch und Wolter, die Herren Schauer, Siewert (der für die Romanze des dritten Aktes mehrfachen Hervorrufen Folge leisten mußte). Martini und Normann waren gut am Platze. Herr Wittekopf war als Giacomo musikalisch und darstellerisch von gewohnter Sicherheit, ohne jedoch sonderlich komisch zu wirken. Das Orchester unter Leitung des Herrn Schmiedel spielte, von einigen stark übereilten Zeitmaßen abgesehen, sehr schön.

H. M.

Lobe-Theater.

„Husarenfieber“.

Schwank von Kadelburg und Skowronnek.

Jetzt sind die Krefelder Tanzhusaren glücklich wieder im Tempel Thaliens auf der Lessingstraße eingeritten. Neu in der Besetzung sind der Oberst des Herrn Bauer, der nicht im entferntesten Herrn Botz zu ersetzen in der Lage ist und der eine Leutnant, den Herr Pape mit ebenfalls nicht besonderem Erfolge kreiert hatte.

Nun werden die Tanzhusaren in lieblicher Abwechselung mit der „Lustigen Witwe“ voraussichtlich auf längere Zeit den Spielplan der Lobebühne beherrschen, und uns wird nichts anderes übrig bleiben, als uns mit Würde in das Unvermeidliche zu schicken. Der künstlerischen Würde unserer Vereinigten Theater ist ja ein derartiges Repertoire nicht gerade besonders zuträglich, aber menschlich verstehen können wir es schließlich, wenn auch ein Theater-Direktor von dem Hängen und Drängen nach Golde sich nicht ganz frei machen kann. Und für die Kasse des Lobetheaters bedeuten eben diese beiden Stücke Gold.

k.

Thalia-Theater.

„Die Landstreicher“.

Operette von Kean und Lindau, Musik von C. M. Ziehrer.

Die Wirkung ist immer dieselbe: Wenn Fürst Adolar mit seiner Mimi im Gefängnis sitzt und die dahin gehörenden „Landstreicher“ August Fliederbusch und seine Frau Bertha in Verkleidung des Gerichtsdieners und der fürstlichen Garderobe ausbrechen — da erschallt lauter Jubel durchs Haus. Und dieser Jubel wiederholt sich bei allen übrigen drolligen Erlebnissen der Abenteurer, die überall für das Fürstenpaar gehalten und angehocht werden und nirgends versäumen, aus ihrer Metamorphose Profit zu schlagen. Alles das ist so bekannt, daß sich jedes Wort erübrigt. So bekannt, daß der größte Teil der hübschen Melodien längst Gemeingut aller geworden sind. Wer zum Beispiel summt nicht unwillkürlich die Melodien, wenn er die Anfangsterte und Refrains der meisten Schlager dieser Operette hörte: „Sei gegrüßet du lauschige Nacht“, „Also spricht der weise, weise Richter“, „Ist auch der Rock defekt“, „Wie war entzückt ich, als ich neulich sah Sie im Theater“, „Kirchweihfest, ei das ist lustig“, „Wenn im Lenz die jungen Rosen“, „Was uns auch immer der Tag hat gebracht“, „Kling-Klang, froher Sang“ usw.

Auch auf das am Sonntag zahlreich erschienene Publikum im Schwerstraßentempel verfehlte die leichtgeschürzte Muse Ziehrers ihre Wirkung nicht. Stürme des Beifalls durchbrausten unaufhörlich das sehr animierte Haus, sodaß die Mitwirkenden sichtlich dadurch zur Lebhaftigkeit angeregt wurden. In das Verdienst dieses Erfolges teilten sich brüderlich die Darsteller wie die Regie und die Getreuen des Kapellmeisters Rosenberg. Die Damen Mayerhofer und Jaffe (man denke sie sich in der Uniform roter Husaren!), Martins (als Frau Bertha), Kanta (als Wirtstöchterlein) und die Herren Brod (Fürst Adolar), Siege (Landstreicher) Fliederbusch), Horsten (als Assessor) und Fröhlich (als betrunkener Gerichtsdiener Kampel) waren mit Begeisterung bei der Sache und verdienten die Ovationen vollauf. Sogar die Ausstattung verdient diesmal — eine Seltenheit in der Schwerstraße — alles Lob. Namentlich der dritte Akt bot ein farbenprächtiges und interessantes Bild.

r. a.

Breslauer Schauspielhaus.

Boccaccio.

Operette von Franz von Suppé.

Das Schauspielhaus hatte am Sonnabend einen guten Tag, auf den es stolz sein kann. Der Abend bewies es recht deutlich, daß es unter Umständen dem künstlerischen Ertrage eines Theaters zuträglicher ist, alte Partituren hervorzusuchen, als sich um jeden Preis dem Neuesten an den Hals zu werfen. Dem Zauber der liebenswürdigen Melodien, die aus dem Boccaccio uns entgegenklingen, kann sich niemand entziehen, zumal wenn so flott gesungen und gemimt wird, wie am Sonnabend im Schauspielhause. Eine sachgemäße Kritik der Operette aus der Feder unseres berufenen Musikreferenten müssen wir uns für morgen vorbehalten, da dieser am Sonnabend anderweitig beschäftigt war.

Die 200 hinzugewonnenen Abonnenten

erhalten auf ihren Wunsch den Anfang unseres laufenden Romans: „Ein Frauenschicksal" unentgeltlich nachgeliefert. Man bestelle bei den Austrägern oder in der Expedition, Neue Graupenstraße 5/6, I.

---

* **Infolge Maßregelung eines Kollegen** haben 58 Brenner der Steingutfabrik Giesel ihre Kündigung eingereicht, nachdem Verhandlungen, die auf eine Wiedereinstellung des Entlassenen hinausgingen, von der Firma immer wieder verschleppt worden waren. Hoffentlich besinnt sich die Geschäftsleitung noch bei Zeiten und läßt es nicht zum Aeußersten kommen, da auch die anderen Arbeiter des Betriebes eventl. die Kündigung einreichen wollen. Auf alle Fälle aber seien die Arbeiter schon jetzt gewarnt, auf etwaige Arbeitsangebote bei der Firma einzugehen.

* **Wegen Uebertretung des Kinderschutzgesetzes** hatte sich die Milchhändlerin Sch. und wegen Beihilfe der Haushälter K. vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Letzterer hatte zugegeben, daß sein noch nicht zwölfjähriger Sohn von der Frau frühmorgens von 5½ bis 6½ Uhr mit Austragen von Milch beschäftigt wurde. Die Milchhändlerin suchte sich dadurch zu entschuldigen, daß sie erklärte, es liefen ja noch so viel Jungen unter zwölf Jahren mit Milch herum und sie habe deshalb auch nicht annehmen können, daß dies strafbar sei. Auch der Haushälter entschuldigte sich damit, daß er nicht gewußt habe, „daß das so streng gehandhabt werden soll." Wir haben freilich schon oft von Uebertretung des Kinderschutzgesetzes und den darauf erfolgten Bestrafungen berichtet und als Haushälter hätte der Angeklagte eigentlich die Pflicht, die „Volkswacht" zu lesen, um über alles für ihn Wichtige unterrichtet zu sein. In seiner Unkenntnis ist er somit selbst schuld und so muß er es sich jetzt auch selbst zuschreiben, daß er verurteilt worden ist. Der Amtsanwalt beantragte gegen die Sch. zehn Mark und gegen K. 15 Mark Geldstrafe. Das Gericht ließ es mit je sechs Mark bewenden.

* **Die Wohnhäuser der Genossenschaft „Wratislavia".** Wer in den Berliner Zügen von Mochbern her in unserer Stadt Einzug hält und hinter der Gabelung der Linkes Fabrik einen Blick aus dem Coupee wirft, dem können die beiden schmucken Häuserreihen nicht entgehen, die sich farbenfrisch aus dem saftig grünen Rasen erheben und durch ihre gleichmäßige Bauweise das Auge des Beschauers unwillkürlich fesseln. In knapp zwei Jahren sind sie aus dem Boden hervorgeschossen und heut schon bewohnbar hergerichtet, der sichtbare Erfolg ein unter vieler Mühe und unbeschreiblichen Schwierigkeiten vollendeten genossenschaftliche Arbeit. Wir brauchen heute nicht daran erinnern, mit wie viel Dornen der Weg der „Wratislavia" besät war, wie schwer es ihr geworden ist, auch nur platonische Liebe für das große Werk zu erwecken, um so größer muß die Anerkennung sein, wenn zähes Ausharren und mutige Hoffnungsfreudigkeit es dahin gebracht hat, jetzt den Breslauer Bürgern minderbegüterten Ranges 140 komfortable Wohnungen, ausgestattet mit allen Vorzügen unserer Bautechnik zur Verfügung zu stellen. Wir behalten uns vor, in einigen Tagen eine ausführliche Schilderung dieser Kolonie zu geben, die sich gestern vormittag im Sonnenschein gar anheimelnd präsentierte, als auf Einladung ihrer Schöpfer die Behörden, eine Anzahl Aerzte, Vertreter der Presse und umliegender Fabriken sich zur Besichtigung einfanden. Von den allen Anforderungen genügenden Backstuben im Erdgeschoß bis zum großen, hellen, luftigen Waschraum unter dem Dach wurden alle Räume aufgesucht, die Wohnungen sind durchweg mit Balkon, Wasserleitung, Koch- und Leuchtgas, kalter Küche, eigenem Klosett ausgestattet, haben alle einige Fenster nach der Sonnenseite und für allgemeine, aber unentgeltliche Benutzung befindet sich eine Wannen- und Brausebadeeinrichtung im Parterre eines der Häuser. Schöngediehene Rasen-Anlagen umrahmen die Gebäude und geben ihnen im Verein mit dem liebevollen Balkonschmuck in den schon bewohnten Quartieren ein einladendes Aeußere. Auf 28 Promenadenbänken, zu denen sich noch Turngeräte und Sandkisten gesellen werden, tummelt sich die zahlreiche Schar der Kinder. Wer zu dem bevorstehenden Ziehtermine auf die Wohnungssuche gehen muß, der versäume nicht, seine Schritte nach der Märkischen Straße 96/98 zu lenken und zu prüfen, ob eine der dort noch zu vergebenden Wohnungen — es sind solche von 14—33 Mark pro Monat vorhanden — seinen Bedürfnissen entspricht.

Unter den behördlichen Gästen, die an der Besichtigung teilnahmen und von den geschaffenen Einrichtungen anscheinend mit großer Befriedigung schieden, bemerkten wir Herrn Stadtbaurat Plüddemann und Herrn Landesbaurat Blümner. Wir wünschen der Genossenschaft „Wratislavia", daß nun ihre schwersten Tage bald vorüber sein mögen und ihre Mitglieder jetzt die Quittung finden mögen, die das vollendete Werk ihnen verspricht.

Aus Schlesien und Posen.

Die niederschlesische Bergarbeiterbewegung.

In einer am Sonntag in Sorgau abgehaltenen Bergrevierkonferenz gelangte die folgende Resolution zur Annahme:

Die am 22. September d. J. im „Eisernen Helm" in Sorgau tagende Konferenz der Bergarbeiter des Waldenburger Reviers nimmt Kenntnis von dem Bericht der Lohnkommission und der Organisationsleitung über den Stand der Lohnbewegung und erklärt:

1. Da die Werksverwaltungen in ihrem Schreiben an das Berggewerbegericht fortwährend auf die Arbeiterausschüsse als die allein berechtigten Vertreter der Belegschaften hinweisen und bereit sind mit diesen zu verhandeln.
2. Um aber auch den Werksbesitzern das letzte Mittel zu nehmen indem hier bei einem eventuellen Streik auf die nicht Inanspruchnahme der gesetzlich eingerichteten Arbeiterausschüsse hinweisen könnten, fordert die Konferenz die Arbeiterausschüsse auf, sofort bei ihren Grubenverwaltungen die Einberufung einer Sitzung des Arbeiterausschusses mit folgender Tagesordnung zu beantragen:
   1. Die Forderung der Bergarbeiter um eine Lohnzulage von 50 Pfg. pro Schicht für alle Arbeiter.
   2. Die Erhöhung des wöchentlichen Abschlags um 3 Mark.

Die Belegschaften der einzelnen Gruben werden aufgefordert diesem Konferenzbeschlusse beizutreten und nicht eher zu ruhen, bis die traurige Lage der schlesischen Bergarbeiter verbessert ist. Um dieses Ziel aber zu erreichen, bedarf es einer starken Organisation und werden sämtliche Bergarbeiter aufgefordert sich dem Bergarbeiterverbande anzuschließen.

Das Resultat der Ausschußsitzungen wird bis spätestens zum 6. Oktober erwartet, damit dann endgiltig Beschluß gefaßt werden kann.

Um aber die Situation in jeder Weise zu klären, fordert die heutige Konferenz alle Kameraden, die bisher Kündigungszettel noch nicht abgegeben haben, auf, dies unverzüglich, spätestens aber bis zum 1. Oktober, zu tun. In den Belegschaften, die bis zu diesem Tage die Kündigungszettel nicht oder nur ungenügend abgegeben haben, ist bis zum 6. Oktober zu prüfen, ob diese Belegschaften sich an der Lohnbewegung überhaupt beteiligen.

Eine Bewegung gegen ausländische Arbeiter ist im oberschlesischen Industriebezirk im Gange, die nach und nach die ganze Bevölkerung zu ergreifen scheint. Diese Bewegung soll demnächst in einer Versammlung zum Ausdruck gelangen. Gefordert wird, die Regierung möge die Beschäftigung ausländischer Arbeiter entweder verbieten oder einschränken und die Arbeiter oder deren Arbeitgeber zur Leistung von Kommunalabgaben verpflichten. Diese Forderungen werden damit begründet, daß es heimischen Arbeitern oft schwerfällt, Arbeit zu finden, weil die Ausländer zwar schlechter, aber billiger arbeiten, ferner durch den Hinweis auf den durch ausländische Arbeiter eingeschleppten Typhus auf Hillebrandtschacht in Antonienhütte und endlich damit, daß die ausländischen Arbeiter alle kommunalen Einrichtungen mitgenießen, ohne unmittelbar zur Steuer herangezogen zu werden.

Wir glauben, daß diese Bewegung wenig fruchten wird, solange Junker und Kapitalisten im Staate die Herrschaft haben. Das agrarische und industrielle Unternehmertum bedarf der billigen Arbeitskräfte, die sie eben — weil sie im Inlande nur spärlich zu haben sind — aus dem Auslande bezieht. Da die Regierung aber lediglich ein dienstuendes Instrument in den Händen der Kapitalisten und Junker ist, dürfte der Appell ganz zelanglos sein.

Der sozialistische Standpunkt in dieser Frage ist ja erst vor wenigen Wochen durch die auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart gefaßte Resolution über die Ein- und Auswanderung festgelegt. Wir wenden uns gegen die Einwanderung ausländischer Arbeiter, soweit sie als Streikbrecher beschäftigt werden sollen. Im vorliegenden Falle haben wir in erster Reihe für Aufklärung der eingewanderten Arbeiter zu sorgen, damit sie nicht mehr als Lohndrücker der einheimischen erscheinen und als Pioniere in der modernen Arbeiterbewegung tätig sind.

Hirschberg, 23. September. In der nächsten Schwurgerichtsperiode, die am 14. Oktober ihren Anfang nimmt, werden mehrere aufsehenerregende Prozesse zur Verhandlung kommen. Wieder einmal steht die Urheberin der Grünauer Arsenikmorde vor den Geschworenen. Zwei Tage wird die Verhandlung dauern. Drei Tage sind für die Verhandlung des Schmiedeberger Mordes, begangen an dem Gutsbesitzer Klein, festgesetzt worden. Dann tritt eine Eideshelferbande vor die Schranken und den Schluß der Schwurgerichtsperiode soll der schlesische Hauptprozeß gegen den Schriftsetzer Dietrich aus Löwenberg bilden.

Waldenburg, 21. September. Letzte Schicht. Auf dem Fürstlichen Bahnschacht verschüttete Freitag niederstürzendes Gestein den Bergbauer Zunft und tötete ihn sofort.

Posen, 23. September. Beim Retten ihres Geldes verbrannt. Donnerstag Nacht gegen 11¼ Uhr entstand in Sulwierzyce in einem bewohnten Gehöfte Feuer, das schnell um sich griff und sich alsbald auf die Nachbargehöfte übertrug. Obgleich Löschhilfe bald zur Stelle war, verbreitete sich das Feuer außerordentlich schnell und vernichtete in kurzer Zeit 10 Wohnhäuser und verschiedene Stallungen rc. Die sämtlichen Gebäude waren versichert, das Mobiliar, das zum größten Teil gerettet wurde, war in einigen Fällen versichert. Als das Feuer bemerkt wurde, brannte es schon lichterloh, während dessen Bewohner schliefen und erst geweckt werden mußten. Sie konnten sich alle in Sicherheit bringen, bis auf eine 72 Jahre alte Frau, die, mit dem Hemde bekleidet aus ihrer Stube trat, sogleich aber umkehrte, um ihr Geld mitzunehmen. Ehe sie dieses gefunden hatte, war die Stubendecke eingestürzt; die Frau wurde getötet und verbrannte vollständig. Einige Pferde sind ebenfalls verbrannt.

Hohensalza, 23. September. Vom Salzbergwerk. Die Meldung, daß das staatliche Salzbergwerk Hohensalza ersoffen ist, ist dem „B. T." im Handelsministerium unter Hinzufügung folgender Einzelheiten bestätigt worden. Während der Wasserzufluß anfangs nur 7000 Kubikmeter täglich betrug, wuchs er vor etwa acht Tagen auf 13,000 Kubikmeter. Um die Wasserquelle abzufangen, wurde nordwärts eine Strecke hineingetrieben, aber auch diese Arbeit mußte eingestellt werden, da die Strecke sich senkte und den Betrieb gefährdete. Die Wasserhaltungsapparate halten zur Zeit nicht aus, um die großen Wassermengen zu beseitigen. Es bleibt einstweilen nichts anderes übrig, als sowohl im Privatbergwerk, wie auch in der staatlichen Grube das Wasser hoch gehen zu lassen und den Betrieb unter Tage einzustellen. Die neu bestellten Pumpen können erst Ende Oktober geliefert werden; dann wird sich herausstellen, ob die Regierung in der Lage ist, das Bergwerk vom Wasser zu befreien, oder ob man überhaupt die Wasser darinnen lassen muß. Vorläufig muß jetzt unter allen Umständen vermieden werden, daß das Salz bis unter die Stadt Hohensalza gespült wird, da sonst zu befürchten ist, daß die Stadt bedroht wird. Ist die Regierung nicht in der Lage, das Wasser herauszupumpen, oder ist anzunehmen, daß der Betrieb auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, so muß man das Wasser für immer hochgehen und die Grube dann vollständig damit ausfüllen lassen. Das Salz nimmt das Wasser bis zu einem bestimmten Sättigungspunkte auf, hilft aber im übrigen dann das Gebirge tragen, sodaß Einstürze nicht zu befürchten sind. Es ist aber auch der günstigere Fall möglich, daß der Wasserzufluß aufhört und die Grube leergepumpt werden kann. Vorläufig arbeiten die Pumpen so lange weiter, bis sie vom Wasser bedeckt sind.

Aus den Gerichtssälen.

Was ist die preußisch-deutsche Freiheit wert?

Diese Frage wird sicher von dem einzelnen Menschen je nach ihrer sozialen Stellung verschieden beantwortet werden. Böse Nörgler behaupten sogar, sie habe keinen Wert. Nach dem Ergebnis eines Prozesses aber, der gestern vor der Breslauer Strafkammer zur Verhandlung kam, ist anzunehmen, daß ein Monat preußisch-deutscher Freiheit 10 Mark wert ist. Wegen fahrlässiger Freiheitsberaubung wurde nämlich gegen den Gefängnissekretär Max von Bähr aus Sonnenburg verhandelt. Der Angeklagte war im Jahre 1905 Sekretär in der Strafanstalt Wohlau. Dort war auch ein Gefangener untergebracht, der bei den Königsjägern in Posen gedient hatte und wegen Fahnenflucht im Rückfalle und mehrerer Diebstähle zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilt worden war. Seine Strafe sollte am 29. Mai 1905 ihr Ende erreichen. Wegen eines schweren Diebstahls wurde er später im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen und nun sollten von der erkannten Strafe sechs Monate in Abzug gebracht werden. Dabei passierte dem Sekretär ein Rechenfehler, der auch von dem Verurteilten nicht bemerkt wurde. Vom Mai rückwärts rechnend, kam er dahin, daß die Entlassung am 29. Dezember 1905 anstatt bereits am 29. November zu erfolgen habe und mit Zustimmung des Verurteilten trug er dieses Datum in das betreffende Buch ein. Ohne es zu merken, hat dann auch der Mann einen Monat zu lange gesessen. Der Fall wurde später bei einer Revision der Gefängnisbücher durch das Reichsmilitärgericht bemerkt und von Bähr kam unter Anklage. Der Staatsanwalt beantragte jetzt in der Verhandlung 10 Mark Geldstrafe oder einen Tag Festungshaft. Das Gericht erkannte auf die beantragten 10 Mark, doch mußte für den Unvermögensfall eine Gefängnisstrafe substituiert werden, da Haft oder auch Festungshaft unzulässig waren. Die eventuelle Freiheitsstrafe wurde auf einen Tag Gefängnis bemessen.

Soldatenmißhandlung und kein Ende!

Vor dem Breslauer Kriegsgericht der elften Division hatte sich wieder einmal ein Unteroffizier, Josef Kaczmarek vom Infanterie-Regiment Nr. 51 in Breslau wegen Mißhandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der Unteroffizier hatte eines Tages dem Grenadier Kzibarra mehrere Ohrfeigen gegeben. Der Anklagevertreter beantragte 8 Tage gelinden Arrest; der Verteidiger, ein Offizier, die mindeste Arreststrafe nur wegen vorschriftswidriger Behandlung. Der Unteroffizier habe dem Mann in der Erregung nur leichte Schläge auf den Hinterkopf gegeben, die wohl nicht irgend welche Schmerzen verursachten! Das Kriegsgericht erblickte aber doch in der Handlung eine Soldatenmißhandlung und erkannte auf eine Woche gelinden Arrest.

Ein Vorgesetzter.

Der Unteroffizier Franz Nigel vom Grenadier-Regiment Nr. 11 in Breslau stand vor dem Breslauer Kriegsgericht der elften Division wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt, Geldborgens von Untergebenen und der Unterschlagung von seinen Untergebenen gehörigen Sachen, wie Geld, Briefen rc. Der Unteroffizier hat seine Autorität als Vorgesetzter benutzt, seine ganze Korporalschaft anzuborgen und auszunützen. Der Angeklagte hatte zuerst geleugnet, ist aber später teilweise geständig geworden. Der Verhandlungsführer hielt dem Unteroffizier energisch vor, ob er sich denn nicht gesagt habe, daß er, wenn er in solcher Weise seine gesamte Korporalschaft ausbeute, ungemein der Disziplin schade, die Dienstfreudigkeit der Mannschaften beeinträchtige und daß dadurch die ganze Korporalschaftssache aus dem Leim gehen könne, da eine Achtung der Leute vor solchem Vorgesetzten nicht möglich sei. Die Leute geben aus Angst vor dem Herrn Unteroffizier Geld und mahnen nicht aus Furcht vor schlechter Behandlung. Der Unteroffizier aber habe bald nicht die Absicht der Rückgabe gehabt. Der Unteroffizier will von zuhause monatlich bis 30 Mark Zulage gehabt haben. In der Sache waren 26 Zeugen geladen. Der Anklagevertreter betonte, der Angeklagte sei ein Unteroffizier, wie er nicht sein solle. Seine Taten gehen Jahre zurück. Er beantragte Degradation, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und fünf Monate Gefängnis. Der Unteroffizier habe systematisch seine Leute ausgebeutet und die Disziplin gefährdet. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis und Degradation.

Aus aller Welt.

4512 Cholerafälle in Rußland. Die Cholera hält in dem verseuchten Südrußland reiche Ernte. Ein Telegramm aus Petersburg meldet: In den Gouvernements Samara, Saratow, Simbirsk, Astrachan, Nishni Nowgorod, Kasan, Kostroma, Jaroßlaw, Baku, Wjatka, Tschernigow, Perm, Wladimir, in den Städten Kiew, Jekaterinoslaw und in den Gebieten Syr-Darja und Akmolinsk sind bisher im ganzen 4512 Cholerafälle beobachtet worden, davon hatten 2320 Fälle tödlichen Ausgang.

Ein Angriff auf Tolstois Haus. Nach einer Zeitungsmeldung aus Moskau eröffnete in einer der letzten Nächte eine Bande von Verbrechern, die sich an das Wirtschaftsgebäude des Grafen Tolstoi auf dem Gute Jasnaja Poljana herangeschlichen hatten, ein Revolver- und Flintenfeuer auf das gräfliche Wohnhaus. Da Wächter herbeieilten, flohen die Verbrecher, kehrten jedoch wieder zurück und gaben neuerlich Salven ab. Der Sohn Tolstois benachrichtigte den Gouverneur von Tula, worauf eine Untersuchung des geheimnisvollen Vorfalles eingeleitet wurde.

Schrapnell-Explosion. Sonnabend Morgen kurz nach 8 Uhr wurden bei Ausführung von Munitionsarbeiten auf dem Artilleriedepot Wilhelmshafen durch Explosion von 15 Zentimeter-Schrapnells, die entladen wurden, 5 Personen getötet, 2 Arbeiter sowie 2 Frauen schwer verletzt und 2 Personen leicht verletzt.

Ueber das Unglück meldet ein Telegramm folgendes: Im Schuppen 10 des Laboratoriums im Artilleriedepot waren 12 Personen mit dem Entladen von Schrapnells beschäftigt. Kurz nach 8 Uhr erfolgte plötzlich mit mächtigem Knall, wahrscheinlich infolge Platzens eines Geschosses, eine Explosion, deren Ursache noch nicht aufgeklärt werden konnte. Die Getöteten sind die Arbeiter Rohrbeck, Weingeist, Wübbenhorst, Lottmann und Freese. Der letzte ist unverheiratet, alle übrigen sind verheiratet. Schwerverletzt sind die Arbeiter Onnen und Vogel und die Frauen Abbusch und Wundt.

Die Direktion der kaiserlichen Werft äußerte sich über die Explosion folgendermaßen: „Diejenigen, die über die Explosion Bescheid geben könnten, sind alle getötet. Das Entladen von Schrapnells ist eine Arbeit, die täglich vorkommt, und die von den Betreffenden schon häufig vorgenommen ist."

Der Schuppen, in dem die Arbeit vorgenommen wurde, ist durch den starken Luftdruck der Explosion beschädigt, das Dach wurde nach oben gehoben und die Fensterscheiben zertrümmert. Es entstand auch ein Feuer, das bald gelöscht werden konnte.

Vierzehn Bergleute verunglückt. Ein verhängnisvoller Betriebsunfall ereignete sich in Negannee (Michigan). Dort stürzte, wie aus Marquette depeschiert wird, ein Förderkorb mit siebzehn Bergleuten der Jones Melanghlin Steel Company 700 Fuß tief hinab, wobei vierzehn Leute sofort getötet, die anderen schwer verletzt wurden.

Die Eisenbahnkatastrophe in Mexiko, über die wir bereits berichtet haben, hat zahlreiche Opfer gefordert. Aus Mexiko meldet ein Telegramm: Nach den letzten Meldungen über den Zusammenstoß bei Encarnacion beträgt die Zahl der Getöteten 63, die der Verletzten, darunter zahlreiche Schwerverletzte 43. Der Führer des Güterzuges, der den Unfall verschuldete, wurde in Haft genommen.

Im Luftschiff zur Jagdpartie. Das lenkbare Luftschiff ist in Frankreich wohl zum ersten Mal zu rein praktischen Beförderungszwecken benutzt worden. Aus Paris schreibt man dem „B. T.": Monsieur Henry Deutsch, der bekannte Förderer der Luftschiffahrt, hatte auf Sonnabend eine Anzahl seiner Freunde zu einer Jagdpartie nach Ecqueville gebeten. Zu der festgesetzten Zeit fanden sich etwa 40 oder 50 Herren an dem Rendezvousplatze ein und waren sehr erstaunt, daß von ihrem Gastgeber nichts zu erblicken war. Plötzlich wurde ein Luftschiff sichtbar, das sich von Westen her ihrem Standplatz näherte. Nach wenigen Minuten kam die „Ville de Paris" sanft herabgestiegen, und der Gondel entstieg lächelnd Monsieur Deutsch im Jagdkostüm mit der Flinte auf dem Rücken. Nachdem er die Glückwünsche seiner Gäste in Empfang genommen hatte und diese in die Gondel gestiegen waren, gab er das Abfahrtsignal; der in der Gondel befindliche Mechaniker drehte den Motor an, und langsam erhob sich das Fahrzeug, um in der Richtung nach Sartrouville bald den Blicken der Nachschauenden zu entschwinden.

Kleine Chronik. Der 33 jährige, geistig beschränkte Landwirt Zanzinger aus Reinhausen in der Oberpfalz erstach seinen zwanzigjährigen Schwager und flüchtete nach Regensburg, wo er sich von der steinernen Brücke in die Donau stürzte und ertrank. — Aus Dirschau wird gemeldet: Zwei der aus Mewe entsprungenen Zuchthäusler sind bei Käsemark von einem Gendarmen ergriffen worden. — Aus Heiligenstadt (Eichsfelde) wird berichtet: Der Mörder Drost, der, wie wir berichteten, am vergangenen Montag in Großgandern bei einem Familienzwist seine eigene Tochter erschossen hatte und darauf flüchtig geworden war, hat sich der Gendarmerie gestellt. — Eine Feuersbrunst vernichtete nach einer Meldung aus Budapest in Hoßzumezö 95 Wohnhäuser samt Nebengebäuden, sowie Getreide- und Futtervorräten. Zwei Kinder werden vermißt. — Das Londoner Blatt „Evening News" versichert, daß dort ein Mann verhaftet wurde, welcher eingestand, die vor längerer Zeit geraubten Dubliner Kronenjuwelen entführt zu haben. Er soll die Tat mit Unterstützung einer Dame der irländischen Gesellschaft verübt haben.

Ein neuer Kolonialprozeß.

Hg. Köln, 20. September 1907.

Vierter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung richtet der Vorsitzende an den Zeugen von Rothberg folgende Worte: Herr Zeuge: Ihr Auftreten gestern am Schluß der Verhandlung ist nicht so gewesen, wie es der Würde des Gerichts entspricht. Wenn sich das wiederholen sollte, würde das Gericht Sie sofort in Strafe nehmen müssen. Auch an die Parteien richte ich die gleiche Mahnung. Das Publikum ersuche ich, jede Kundgebung, Zustimmung oder Widerspruch zu unterlassen. Sollten noch einmal Störungen eintreten, so werde ich den Saal räumen lassen. Rechtsanwalt Schreiber: Pater Müller sagte gestern, er habe trotz dem freisprechenden Urteil auch jetzt noch die Ueberzeugung, daß es wahr sei, daß der Angeklagte Schmidt sich einer strafbaren Handlung mit der Abdjao schuldig gemacht habe. Bei einer von dem Gerichtsurteil so schroff abweichenden Ansicht ist Pater Müller wohl eine Erklärung schuldig. Ich bitte, ihm dazu Gelegenheit zu geben. — Pater Müller: Ich habe die feste Ueberzeugung von der Schuld des Beklagten gewonnen, weil die Angaben der Abdjao und die der übrigen Zeugen einen solchen Eindruck auf mich machten, daß ich sagen mußte, Herr Schmidt habe sich des Verbrechens schuldig gemacht. — Vorsitzender: Ich rate Ihnen aber, diesen Satz nicht auch draußen zu sagen. Es gibt eine Strafbestimmung, nach welcher dies nicht zulässig ist, einem Angeklagten, nachdem er rechtskräftig freigesprochen ist, das Verbrechen wieder vorzuhalten. Hier im Gerichtssaal können Sie ja auf eine Frage als Zeuge antworten. — Pater Müller: Herr Vorsitzender, diese Bestimmung kenne ich. Die Abdjao war in allen wesentlichen Punkten ihrer Aussage bestimmt und gleichbleibend, nur in kleinen Angaben war sie unbestimmt. — Rechtsanwalt Schreiber: Hat nicht ein anderes junges Mädchen bestätigt, daß die Abdjao ihr die Vorgänge am nächsten Morgen genau schilderte? — Pater Müller: Ja, das Mädchen Pombo sagte, die Abdjao habe ihr die Wunden gezeigt, die von Peitschenhieben herrührten, die sie wegen ihrer Weigerung, dem Schmidt zu Willen zu sein, erhalten habe. Die Pombo hat ihr dann erwidert: „So tut er immer!" Damit stimme auch die Aussage der Mutter der Pombo überein, daß Herr Schmidt ihre Tochter ebenfalls durch Anwendung von Prügel gezwungen habe, sich hinzugeben. — Rechtsanwalt Schreiber: Es wird immer behauptet, daß sich nur die katholische Mission beschwert habe. Hat sich nicht auch die evangelische Mission über den Angeklagten Schmidt beschwert? — Pater Müller: Der Missionsinspektor Schreiber beschwerte sich in einem Bericht über

die Prunksucht und Unzucht der Europäer.

Oberleutnant Rieck sagte mir auch, Schmidt komme ihm in seinem Geschlechtsleben krankhaft vor. Denn überall, wohin er komme, stelle sich ihm eine Frau oder ein Mädchen als Frau des Herrn Schmidt vor. Kukowina sagte mir, man tue gut, die Mädchen vor Schmidt auf eine Farm zu schicken. — Rechtsanwalt Schreiber: Der Zeuge hatte auch mit mir eine Besprechung. Sagten Sie da nicht, daß Sie nicht einmal einem schwarzen Mädchen die Hand reichen, damit Sie nicht als katholischer Priester in Verdacht kommen? — Der Zeuge bestätigt das. — Rechtsanwalt Brederek: An diese Frage möchte auch ich anknüpfen: Also trotzdem Sie das alles über das Geschlechtsleben des Herrn Schmidt wußten, und obgleich Sie daran Anstoß nahmen, haben Sie trotzdem mit ihm weiter freundschaftlich verkehrt? — Pater Müller: Ich habe nur, soweit es amtlich nötig war, mit ihm verkehrt. — Verteidiger: Sind Sie nicht oft mit Herrn Schmidt bei Gesang und Trank Nachts bis 2 Uhr zusammen gewesen? — Zeuge: Nein, niemals, niemals. — Verteidiger: Haben Sie nicht einmal mit Herrn Schmidt und Hauptmann Döring bis 4 Uhr Nachts gesessen und zusammen

12 Flaschen Sekt getrunken?

Zeuge: Nein, niemals, niemals. — Rechtsanwalt Brederek: Sie sagen, daß Sie niemals ein schwarzes Mädchen auch nur mit der Hand berührt haben? — Zeuge: Jawohl. — Verteidiger: Haben das auch die anderen Missionspriester getan? — Zeuge: Ich glaube, das wohl im allgemeinen bestätigen zu können. — Verteidiger: Erinnern Sie sich des

Paters Venatius, der, um seinen Verkehr mit den Weibern zu bezahlen, die Lampen aus dem Schulhausgebäude verkauft

hat? — Zeuge: Venatius war kein Pater, sondern ein Laienbruder. Daß der arme Bruder gefallen ist, gebe ich zu. — Rechtsanwalt Brederek: Hat sich nicht ein anderes Mitglied der Mission, der Lehrer Johnson, eine schwarze Konkubine gehalten? — Zeuge: Lehrer Johnson war Mitglied der Mission, er ist aber sofort entlassen worden. — Rechtsanwalt Brederek: Bezeichnenderweise aber schreibt ihm die Mission: Wir müssen Sie entlassen, damit die Leute an uns nicht irre werden. Also hat die Mission den Lehrer nicht entlassen, weil sie Anstoß an ihm nahm, sondern damit die Leute nicht irre werden. — Zeuge Müller und Rechtsanwalt Schreiber widersprechen entschieden dieser Auslegung des Briefes. — Angeklagter Schmidt: Hat nicht Pater Müller an Hauptmann Döring einen Brief geschrieben, in dem es heißt: „Wir kennen Ihr Vorleben. Sie sehen also, daß wir keine Zeloten sind, aber gegen Schmidt müssen wir vorgehen." — Pater Müller: So lange man mir den Brief nicht vorlegt, muß ich das entschieden bestreiten. Ich habe allerdings an Hauptmann Döring einen Brief geschrieben. Ich ging davon aus, daß der Vorwurf, er sei zu strenge, unberechtigt sei. Wir kümmerten uns um das Privatleben der Europäer nicht, so lange ihr Leben nicht gegen die öffentliche Moral verstoße. Wir seien also keine Zeloten usw. Das „ihr" war aber klein geschrieben. — Oberleutnant Smend: Ich war in Atakpame bei der Gerichtsverhandlung zugegen. Hauptman Döring wurde nach Hause geschickt, um den Brief zu holen. Ich erinnere mich lebhaft, daß der verlesene Satz lautete: „Sie wissen, daß wir keine Zeloten sind. Wir kennen Ihr Vorleben. Aber gegen Schmidt müssen wir vorgehen. — Rechtsanwalt Schreiber: Also Pater Müller, Sie nehmen auf Ihren Eid, daß Sie nicht das Vorleben des Hauptmanns Döring gemeint haben und daß das „ihr" klein geschrieben war?" — Zeuge: Ja. — Rechtsanwalt Jäger: Gegenüber der Aussage des Pater Müller, daß die Abdjao immer gleich in ihrer Aussage geblieben sei, bitte ich, die anderen Herren nochmals zu fragen, ob sie dabei bleiben, daß die Abdjao sich widersprochen habe. — Rechtsanwalt Schreiber: Wir nehmen an, daß die Herren ihre Aussage wiederholen werden. Ich möchte wissen, wie es mit dem Brief stand, den Pater Müller abgeleugnet haben soll, weil man dies hier immer anführt. — Vorsitzender: Es sollte damit anscheinend die Glaubwürdigkeit des Zeugen angezweifelt werden. — Pater Müller: Wenn ich einen Brief gehabt habe, habe ich ihn niemals abgeleugnet. Herr von Rothberg hat etwa 120 Briefe, Manuskripte usw. konfisziert, wir haben nicht alles zurückerhalten. Wenn es also ein Brief war, der für mich für die Beweisführung von Wichtigkeit war, so hätte ich allen Anlaß, ihn nicht herauszugeben.

R.-A. Schreiber wünscht an Oberrichter Mayer noch einige Fragen zu stellen. Es handle sich um die Glaubwürdigkeit des Zeugen, der dienstlich eine falsche Auskunft gegeben haben soll. — Vors.: Bewußt falsch? — Abg. Roeren: Er ist disziplinarisch bestraft worden. — Der Verteidiger verliest ein amtliches Aktenstück, vermutlich aus den Reichstagsakten und erklärt erläuternd, daß Oberrichter Mayer ein Mädchen zu sich genommen habe, wobei er berichtete, er habe es zu dem Zwecke zu sich genommen, um die Duala-Sprache schneller zu erlernen, während er das Mädchen zu einem anderen Zwecke bei sich hatte. Er sei in die höchste zulässige Ordnungsstrafe in Höhe eines einmonatlichen Diensteinkommens genommen worden. Ich möchte den Zeugen fragen, ob er derselbe Oberrichter Mayer ist, der hier gemeint wird? — Zeuge: Ob ich derselbe bin? Ich glaube, daß diese Frage sich wohl erübrigt hätte, das müßte ihm wohl bekannt gewesen sein. Ich sehe den ganzen Zweck dieser Sache nicht ein. — Abg. Roeren: Ich möchte an den Zeugen die bestimmte Frage richten, ob er wegen falscher dienstlicher Auskunft

zu der höchsten Ordnungsstrafe

verurteilt wurde? — Zeuge: Ich bin verurteilt worden wegen objektiv falscher Darstellung, nicht wegen subjektiver. — Vors.: Dann ist aber die Höhe der Ordnungsstrafe schwer verständlich. — Zeuge: Das hat seine besonderen Gründe, auf die ich hier nicht eingehen möchte. — Abg. Roeren: Hat der Herr Zeuge sich nicht ein Duala-Mädchen gekauft und als Konkubine benutzt, während er angab, er wolle, da er sich bald verheirate, sie für den Haushalt ausbilden? — Zeuge: Die Darstellung wurde von mir auf Grund einer Beschwerde der Akwaleute gegeben, welche mir vorwarfen, daß ich meine Amtsgewalt mißbraucht, mich des Wuchers schuldig gemacht und ein Mädchen geraubt hätte. Alle diese Vorwürfe waren unberechtigt. Ich habe in der Darstellung den Verkehr mit dem Mädchen unterdrückt, deshalb allein wurde ich bestraft. — R.-A. Brederek: Ich bitte den Herrn Oberleutnant Smend zu fragen, ob er nicht einmal zu Herrn Schmidt gesagt habe, ob die Mission nicht Anstoß an den Mädchen auf der Station nehmen werde. — Zeuge Smend: Ja. Herr Schmidt erwiderte:

„Dem Reinen ist alles rein

und dem Schwein alles Schwein!" (Heiterkeit.) — Pater Kost wird dann über die Verhaftung der Missionare vernommen. Der Zeuge bestätigt zunächst, daß er dem Abg. Roeren mitgeteilt hatte, daß Schmidt sich im Dezember v. J. in Berlin aufhielt. Der Vorsteher der Mission hatte strenge Weisung gegeben, keine Zeugen zu beeinflussen. Der Zeuge ist erst nachträglich verhaftet, aber bald wieder entlassen worden. Als er Herrn v. Rothberg gefragt habe, warum nicht auch die anderen Patres entlassen würden, da Gouverneur Horn doch telegraphiert habe: „Patres sofort Haft entlassen!", da habe v. Rothberg erwidert, der Gouverneur sei falsch informiert. Er wisse nicht, ob Gouverneur Horn die Verhaftung auf dem Verwaltungswege aufheben wolle. Das sei aber unzulässig, da es sich um ein richterliches Verfahren handele. Er sei aber, da der Gouverneur ihn seines Amtes als Richter enthoben habe, nicht mehr in der Lage, noch richterliche Handlungen vorzunehmen. — Zeuge v. Rothberg: Im ganzen hat der Zeuge die Vorgänge richtig dargestellt. — Regierungsrat v. Graefe: Das Eingreifen der Verwaltung in das richterliche Verfahren halte ich für unzulässig. Das Telegramm war eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse des Gouverneurs Horn. — R.-A. Schreiber: Ist dem Herrn Zeugen die allerhöchste Erledigung bekannt, die die Angelegenheit seitens des Kolonialamtes gefunden hat? Wissen Sie nicht, daß in Atakpame die Häuptlinge versammelt wurden und in Gegenwart der Missionare die Entscheidung des Kolonialamts verlesen wurde, daß das Verfahren und die Verhaftung unzulässig und daß Herr v. Rothberg entlassen worden sei, weil er ein ungeeigneter Beamter sei? Wenn Gouverneur v. Horn gewagt hätte, unbefugt zu handeln, wäre gegen ihn gewiß ein richterliches Verfahren eingeleitet worden. Gouverneur Horn übte das Richteramt aus, er war daher jederzeit in der Lage, das Richteramt wieder selbst zu übernehmen. — R.-A. Brederek: Ich stelle fest, daß die Verfügung über die Desavouierung der Beamten auf den Einfluß des Herrn Roeren und seiner Leute geschehen ist. Das ist es ja auch, um was sich dieser ganze Prozeß dreht. — Abg. Roeren: Ich stelle fest, daß ich mit dieser Sache nichts zu tun hatte. Ich habe mich im November 1904 zum ersten Male mit dieser Angelegenheit beschäftigt. — Zeuge v. Rothberg: Aus den beschlagnahmten Notizen ec. habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich die Mission des Händlers Almeida bediente, um die Eingeborenen beeinflussen zu lassen. Almeida schien finanziell abhängig von der Mission zu sein. — R.-A. Schreiber: Weiß der Zeuge nicht, daß die Missionare unter Eid erklärt haben, daß Almeida niemals einen solchen Auftrag erhalten hat? Das hat Almeida selbst ausgesagt. — Zeuge v. Rothberg: Ich erinnere mich dessen nicht. — Angekl. Schmidt: Ist es nicht richtig, daß Pater Müller die Eingeborenen

von der Kanzel aufgefordert

hat, mit Beschwerden über mich, also den Regierungsbeamten, zur Mission zu kommen? Es hieß in dieser Aufforderung: „Die Tore stehen Euch offen, kommt nur zu uns!" — Zeuge Pater Müller: Ich stehe dieser Bekanntmachung fern. Sie ist allerdings in anderer Form erlassen worden. Pater Schmidt hatte sie entworfen und ich hatte ihm erklärt daß ich als sein Vorgesetzter keinen Anlaß hätte, etwas dagegen zu tun. — R.-A. Schreiber: Die Bekanntmachung hing mit den nächtlichen Tänzen zusammen. — Angekl. Schmidt: Nein, das war ein anderer Fall. — R.-A. Curt erklärt, die Abdjao habe er persönlich gesehen. Er habe sie auch photographiert. Der Zeuge überreicht eine Photographie, die der Gerichtshof und die Parteien sowie auch der Angeklagte Schmidt genau betrachten. — R.-A. Schreiber: Na, sie ist ja nicht häßlich. (Heiterkeit.) — R.-A. Curt (fortfahrend): Das Alter solcher Mädchen läßt sich schwer schätzen. Das Schutzalter von vierzehn Jahren ist für die frühreifen Negermädchen viel zu hoch gegriffen. Die Abdjao machte einen glaubwürdigen Eindruck. Sie war ein intelligentes Mädchen, sie machte ihre Aussagen durchaus nicht schüchtern, sondern sie redete frei. Mir fiel es auf, daß die Abdjao in der Hauptsache immer dieselben Aussagen machte, trotzdem bei der Vernehmung der Staatsanwalt sie ganz energisch vorgenommen hatte. Ihre Angaben über alle Vorgänge waren so bestimmt, daß man annehmen mußte, daß sich die Vorgänge tatsächlich so abgespielt haben, wie sie sie schilderte. Aus den Akten gewann ich die Ueberzeugung, daß die Mission die Anzeige gegen Schmidt weder fahrlässig falsch noch wider besseres Wissen erstattete. Auf der Station wurden viel Prügel ausgeteilt, weshalb viele Leute auf fremdes Gebiet übergingen, um der Strafe zu entgehen. Die Beschwerde der Mission betraf den Fall, daß Schmidt

eine ganze Missionsschule hatte verprügeln lassen,

einschließlich des Herrn Lehrers. (Heiterkeit.) Es war ein Schulstreik vorgekommen und da hatte Schmidt die Prügelstrafe dekretiert. Je nach der Größe erhielt jeder 8—10 Hiebe. Auf die Vorstellungen des Lehrers, eines Schwarzen, sagte Schmidt: Das tut nichts, Du warst dabei, also bekommst Du auch Deine Prügel. (Heiterkeit.) Als der Lehrer bat, das Schamtuch nicht ablegen zu dürfen, da Pater Müller gesagt habe, sie sollen nicht nackend gehen, erwiderte Schmidt: Das mag auf der Mission sein, hier wird beim Prügeln die Kleidung abgelegt. Der Lehrer sprach gut deutsch und machte auf den Zeugen einen glaubwürdigen Eindruck. — Angekl. Schmidt erklärt, daß es sich um einen Streit zwischen Missionszöglingen und Regierungsschülern gehandelt habe. Der Lehrer war mit beteiligt und hatte den Polizisten angegriffen. Deshalb habe er auch Strafe erhalten müssen. Auch die Regierungsschüler seien geprügelt worden.

Die Beweisaufnahme wendet sich nunmehr dem letzten Punkt, dem gegen den Abg. Roeren in dem „offenen Brief" erhobenen

Vorwurf der Rechtsbeugung und Beeinflussung des Gerichtsverfahrens

zu. Es sei, so heißt es darin, von Herrn Roeren versucht worden, widerrechtlich schwebende Verfahren zu Gunsten des Herrn Wistuba und der katholischen Missionen aufzuhalten. — R.-A. Brederek: Ich glaube, daß die Rechtsbeugungen, die Herr Roeren und seine Leute versucht haben, genügend von Herrn Staatssekretär Dernburg im Reichstage klargestellt worden sind. Immerhin beantrage ich, den früheren Kolonialdirektor Doktor Stübel darüber zu vernehmen. — Abg. Roeren: [illegible] bestreite, irgendwie in Verfahren eingegriffen zu haben.

Es wird hierzu als Zeuge der frühere Kolonial[illegible]tor und bevollmächtigte Minister a. D.

Dr. Stübel

aufgerufen. Er bekundet: Was das Disziplinarverfahren gegen Wistuba anbetreffe, so sei ein solches, als er zurückgetreten sei, wohl in Aussicht genommen, aber noch nicht eingeleitet gewesen. Es habe also eine Einwirkung auf ein eingeleitetes Verfahren nicht stattfinden können. Ebenso sei ihm nicht bekannt, daß der Privatkläger eine Einwirkung auf ein Verfahren gegen die katholischen Missionen versucht habe. Mein Gedächtnis erlaubt mir nicht, mehr zu sagen. Aber ich muß annehmen, daß dies nicht der Fall gewesen ist. Bei allen Verhandlungen des Jahres 1904 haben, soviel ich mich erinnere, Versuche, auf rechtsanhängige Sachen einzuwirken, nicht vorgelegen. — R.-A. Brederek: Wie wären dann die Worte des Herrn Dernburg zu verstehen, die sich doch nur auf die Zeit Ihrer Amtstätigkeit beziehen können: „In Berlin haben fortgesetzt Versuche des Herrn Roeren stattgefunden, in den Gang schwebender Verhandlungen und Verfahren einzugreifen." — Dr. Stübel: Ich erinnere mich solcher Vorgänge nicht. — R.-A. Brederek: Erinnern Sie sich eines Briefes des Herrn Roeren an den Reichskanzler, in dem er am Schlusse gebeten wird, dem Präfekten Bücking Gelegenheit zu einer neuen Aussprache zu geben und „geneigtest veranlassen zu wollen, daß sämtliche schwebenden Verfahren bis dahin sistiert werden." Dieser Brief ist auch vom Staatssekretär Dernburg im Reichstage verlesen worden. — Zeuge Stübel: Es ist möglich, daß ich den Brief gelesen habe, aber es ist die Frage, ob darin eine widerrechtliche Einwirkung in schwebende Prozeßverfahren erblickt werden kann. — Vert.: Von den Verhandlungen liegt eine geheime Niederschrift des Herrn v. König. Darin heißt es, daß Herr Roeren die Abberufung des Sekretärs Lang aus Togo verlangt habe. Sie aber hätten es abgelehnt. Dann heißt es weiter: „Herr Dr. Stübel mußte sich schließlich der Hauptforderung, der Abberufung des Sekretärs Lang, fügen.

Dr. Stübel: Ich erklärte schon neulich, daß die Ermächtigung zur Aussage sich nicht auf die Versetzung der Beamten erstreckt, und auf dieses Schriftstück, welches Herr Dernburg zum Teil im Reichstage verlesen hat. — Rechtsanwalt Jäger wünscht Auskunft über eine Aeußerung, die der Zeuge seinerzeit gemacht hat, dahingehend, daß dem Wistuba ein Nachteil aus den Vorgängen nicht erwachsen solle. Sei das nicht von irgend einer Seite verlangt worden? — Dr. Stübel: Das beruht auf einer Entschließung, die ich aus freier Erwägung faßte. Ich hielt Wistuba die hochgradige Erregung zwischen der Mission und der Station zugute, und glaubte, daß seine Verfehlung, nämlich die Mitteilung des Telegramms an die Mission, unter diesen Umständen nicht Gegenstand einer Bestrafung werden dürfe. Für diese Entscheidung war lediglich das Gefühl der Gerechtigkeit für mich maßgebend, ohne daß irgend eine Einwirkung stattfand. Ich erinnere mich, daß die Versetzung des Angeklagten von der Mission gewünscht und betrieben wurde. Ich nehme an, daß solche Wünsche in dem Briefe des Präfekten Bücking ausgesprochen sind, und daß Prinz Arenberg oder der Privatkläger sie unterstützten. Ich erinnere mich nicht, möchte aber annehmen, daß es, soweit der Privatkläger in Frage kommt, nicht der Fall ist. Denn die erste Verhandlung mit ihm hat schon im November 1904 stattgefunden, als die Versetzung des Schmidt schon eine längst beschlossene Sache war. Die Versetzung des Schmidt war eine vollständig unabhängige Entschließung von mir ohne jede Einwirkung. Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Mission hatte sich so zugespitzt — durch Verschulden auf beiden Seiten — daß eine Aenderung eintreten mußte. Das Vorgehen der Verwaltung bei der Verhaftung der Missionare konnte auf keinen Fall gutgeheißen werden. Solche Reibereien waren nicht nur eine Schädigung des von der Regierung unterstützten Missionswesens, sondern auch des Ansehens der Weißen und des Dienstes überhaupt. — Verteidiger: Ehe die Beweisaufnahme geschlossen wird, bitte ich den Herrn Privatkläger, sich zu äußern, ob er sich durch den Satz beleidigt fühlt, er sei infolge der Rechtsbeugung nicht würdig, dem preußischen Richterstande anzugehören. In der Klageschrift finde ich über diesen Punkt nichts. — Abgeordneter Roeren: Wenn der Herr Kollege den offenen Brief mit Verständnis gelesen hat, so kann er unmöglich diese Frage stellen. Glaubt denn der Herr Kollege, daß es noch eine größere Beleidigung für einen Richter gibt, als den Vorwurf, des Richteramtes nicht würdig zu sein. — Verteidiger: Ich habe noch eine Frage. Von ihrer Beantwortung wird es abhängen, ob ich die Vernehmung des Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten zu beantragen notwendig haben werde. Ist es richtig, daß der Herr Privatkläger

nicht ganz freiwillig aus seinem Amte geschieden ist?

(Große Bewegung.) — Abg. Roeren: Ich will mit der Ruhe antworten, die mir eben möglich ist. Diese Ausführungen kennzeichnen die niedrige Kampfesweise, die man auf der Gegenseite gegen mich beliebt. (Oho!-Rufe und Lärm im Zuschauerraum.) — Vorsitzender: Sie können nachher fortfahren, zunächst werde ich den Zuschauerraum räumen lassen. — Abg. Roeren (fortfahrend): Dieser Anwurf dieses Berliner Rechtsanwalts ... — Rechtsanwalt Brederek: Herr Vorsitzender, ich bitte um Ihren Schutz gegen die Beleidigung. Er hat gesagt: Anwurf. — Vorsitzender (zu Roeren): Dann bitte, mäßigen Sie sich! — Abg. Roeren: Ich will also sagen, die grobe Beleidigung, die der Berliner Rechtsanwalt sich erlaubt hat, entspricht ganz dem offenen Briefe, den er erlassen hat und den Sie (zum Beklagten Schmidt) mit Ihrem Namen gedeckt haben. Ich erkläre, daß es eine vollständige Erfindung ist, daß meine Pensionierung auch nur mit einer Phase mit den Vorgängen im Reichstage zusammenhängt. Wenn das bezweifelt werden sollte, so kann ich durch den Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten und durch andere Zeugen beweisen, daß ich schon vor zwei Jahren die feste Absicht hatte, mich mit dem Schluß der Session pensionieren zu lassen, weil mein Gehalt und meine Pension die höchste Grenze erreicht hatten. — Rechtsanwalt Schreiber: Ich frage den Angeklagten, ob er mit den Worten in dem Schriftsatz seines Verteidigers einverstanden ist und ob er sie billigt: Der Privatkläger ist des deutschen Richteramtes nicht würdig, er ist nicht geeignet, beleidigt zu werden. In bescheidener Selbsteinschätzung hat er das auch erkannt, indem er sich freiwillig aus dem Richteramt entfernt hat. (Zu dem Angeklagten.) Ist das Ihr Machwerk oder das eines anderen? — Vorsitzender: Den Ausdruck „Machwerk" weise ich zurück. — Angeklagter Schmidt: Die Antwort überlasse ich meinem Verteidiger. — Rechtsanwalt Schreiber: Die Antwort gebe ich mir selbst. Sie waren damit einverstanden. — Rechtsanwalt Brederek: Wir haben uns nur auf Mitteilungen aus dem Kölner Publikum gestützt. — Vorsitzender: Solche anonymen Zuschriften hätten Sie lieber unbeachtet lassen sollen.

* * *

Am Sonnabend wurden die Plaidoyers beendet. Die Urteilsverkündung wurde auf den 28. September Nachmittags 3½ Uhr verschoben.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags

Genosse Heim. Wir bestätigen Ihnen, daß Sie den Putzeraufruf am Sonnabend rechtzeitig in der Redaktion abgegeben haben.

Gerlach, Ohlauer Chaussee. Administration der „Pravo Lidu" in Prag.

Neustadt. Wir haben aus dem Artikel der „Neustädter Ztg." zu unserer Freude gesehen, daß die Redaktion dieses Blättchens mit drauf gehalten hätte, wenn der hochwürdige Pfarrer Grandiger ihr in die Quere gekommen wäre. So ungefähr haben wir uns diese schwarzen Dohlen auch vorgestellt.

C. J. Für ein uneheliches Kind kann auch dessen Mutter, wenn sie 21 Jahre alt ist, zum Vormund bestellt werden.